

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Zur Einführung unserer Invalidenunterstützungskasse

I. Allgemeines.



Seit Jahrzehnten haben einige Gewerkschaften, wie z. B. die Buchdrucker, eine Invalidenunterstützung eingeführt, ohne daß die Mehrzahl der übrigen Gewerkschaften dafür das notwendige Interesse aufbrachte. Zwar konnten diejenigen Gewerkschaften, die eine solche Kasse besitzen, in der Agitation darauf hinweisen, daß eine wesentlich geringere Fluktuation (Mitgliederwechsel) die Folge dieser Einführung gewesen ist. Andererseits bestanden in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Bedenken, da man zumeist den grundsätzlichen Standpunkt einnahm, Reich und Staat müßten im Falle der Invalidität eingreifen, für Ausbau der Sozialversicherung (insbesondere auch die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invaliden- und Altersversicherung auf 60 Jahre). Es müsse die soziale Fürsorge der Gesellschaft eintreten. In den letzten Jahren hat sich diese Auffassung in den freien Gewerkschaften Deutschlands gewandelt. Man will nicht auf ferne Zeiten warten und glaubt mit Recht durch solche Zuschußinvalidenkassen die staatlichen Versicherungseinrichtungen in ihrem weiteren Ausbau vorbildlich zu beeinflussen. Es ist ohnehin das Unterstütuungswesen ganz allgemein in den Gewerkschaften ausgebaut worden. So wurde auch insbesondere die Invalidenunterstützung gerade in den letzten Jahren in einer Anzahl größerer Industrieorganisationen neu eingeführt, und heute kann keine Großorganisation mehr daran unbeachtet vorübergehen. Aus Kreisen der Mitglieder wurden wiederholt Anträge an die Verbandskörperschaften gestellt, und auf den Verbandstagen der einzelnen Verbände kamen immer wieder neue Anträge zur Schaffung einer Invaliden- und Altersunterstützung durch die Gewerkschaftsorganisationen. Ursache dafür war wohl in erster Linie die völlig ungenügende Höhe der staatlichen Unterstützung sowie die Tatsache, daß infolge der Rationalisierung und der starken Arbeitslosigkeit in neuerer Zeit es den älteren Arbeitnehmern besonders schwer fällt, wieder eine neue Arbeitsstelle zu finden. Hinzu kommt, daß die Intensivierung der Arbeit die Invalidität zahlreicher Arbeiter fördert und früher eintreten läßt.

Wenn in unserer Organisation diese Frage bis vor einiger Zeit keine so entscheidende Rolle spielte, so nur deswegen, weil die größere Hälfte unserer Mitglieder durch die Ruhegehaltskassen der größeren Kommunen usw. eine, wenn auch nicht ausreichende, Invaliden- und Altersversicherung hat. Aber man muß sich auch in Erinnerung bringen, daß zahlreiche Betriebspensionskassen bestehen, die freilich noch weit unzulänglicher sind und mehr oder minder als reine „Wohlfahrtseinrichtungen“ angesehen werden müssen, da bei der Gewährung der Renten eine mehr oder minder große Willkür besteht. Die privaten Versicherungen,

wie z. B. die Lebensversicherungsgesellschaften, kommen für die Arbeiter so gut wie gar nicht in Frage wegen der hohen Beiträge. Es bleibt nur noch die Volkspflege, die aber auch nur mehr oder minder eine Zuschußkasse sein kann.

Es wurde nun vor Jahr und Tag eine Anregung gegeben, eine solche allgemeine Alters- und Invalidenunterstützung von Seiten des ADGB. einzurichten, die ebenfalls als Zuschußkasse zu der staatlichen Versicherung gedacht war. Hierzu konnte sich jedoch der Ausschuß des ADGB. nicht entschließen. So sind im letzten Jahre eine ganze Reihe einzelner Gewerkschaften selbständig vorgegangen und haben solche Invalidenkassen eingerichtet.

Dabei möchten wir noch in Erinnerung bringen, daß die staatliche Alters- und Invalidenversicherung bereits 1889 zustande kam. Die Zahl der versicherten Personen betrug Ende 1926 17,5 Millionen, das Vermögen 580,8 Millionen Mark. Ende 1926 hatten 2,5 Millionen Personen Rentenansprüche, wofür 710 Millionen Mark verausgabt wurden. Hierzu leistete das Reich 185,7 Millionen Mark Zuschüsse. Die Beiträge betragen im Jahre 1912 in vier Klassen 14, 20, 24 und 30 Pf. und sind gegenwärtig in fünf Klassen geteilt zu 25, 50, 70, 100 und 140 Pf. pro Woche. 1927 betrug die Rentenlast bereits 910 Millionen Mark, trotzdem die staatliche Unterstützung zur Invalidenversicherung erst gewährt wird mit dem Tage des Eintritts der dauernden Berufsunfähigkeit, d. h., wenn die Person nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen mit ähnlicher Ausbildung durch Arbeit verdienen.

Wir haben wiederholt über Einzelheiten der Invaliden- und Altersrente, insbesondere der Zusatzunterstützung usw. in unserer „Gewerkschaft“ aufklärende Artikel gebracht und gedenken das auch weiterhin zu tun. In diesem Zusammenhang möchten wir nur daran erinnern, daß allgemein die Erkenntnis und das Verlangen in Gewerkschaftskreisen in den letzten Jahren gestiegen ist: Es muß eine Zuschußkasse für die Invaliden- und Altersversicherung durch die Gewerkschaften selber geschaffen werden! Da eine an sich durchaus wünschenswerte zentrale Kasse nicht geschaffen wurde, mußten die Einzelverbände wohl oder übel solche Kassen schaffen. Wir nennen da u. a. (neben den schon seit Jahrzehnten bestehenden Kassen bei den Buchdruckern, Steindruckern und Lithographen sowie Buchbindern), den Baugewerksbund, Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Lederarbeiterverband und Verkehrsbund. Der Verband der Fabrikarbeiter hat bereits im Juli 1928 beschlossen, eine Invalidenunterstützung am 1. Januar 1930 in Kraft treten zu lassen. Ebenso haben die Dachdecker, graphischen Hilfsarbeiter und Schuhmacher prinzipielle Beschlüsse gefaßt. Ganz besonders der Beachtung wert ist aber, daß die beiden Großverbände, der Metallarbeiterverband und der Holz-

Arbeiterverband auf ihren letzten Verbandstagen die Einführung der Invalidenversicherungszusatzkasse beschlossen haben. Tabakarbeiter und Textilarbeiter haben neuerlich ebenfalls Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt, so daß eigentlich auf der ganzen Linie die Invalidenkasse in den freien Gewerkschaften zur Einführung gelangt.

Natürlich wurden bei der Diskussion über die Einführung der Invalidenunterstützung wiederholt die Argumente zur Geltung gebracht, der Kampfcharakter der Gewerkschaften werde dadurch gefährdet und ein erheblicher Teil des Verbandsvermögens werde sozusagen festgelegt. Demgegenüber ist auf der anderen Seite betont worden, daß die Invalidenunterstützung ein sehr wertvolles Bindemittel für alle Gewerkschaftsmitglieder bedeutet, was auch der Agitation in erheblichem Maße dient. Den älteren Gewerkschaftskämpfern gegenüber werde eine Solidaritätspflicht geübt und die Jugend wiederum sorgt für das Alter und die eigene Zukunft. Der dauernde Versuch, durch Werkpensionskassen die

Arbeitnehmer den Gewerkschaften zu entfremden oder für gelbe wirtschaftsfriedliche Werkvereine Propaganda zu machen, wird dadurch mindestens erheblich erschwert. Der Boden des Klassenkampfes wird durchaus nicht verlassen, wie die Grobkämpfe im graphischen Gewerbe zeigen, die seit Jahrzehnten solche Invalidenunterstützung haben und damit auch die stabilsten Organisationsverhältnisse.

Einer der wichtigsten Gründe aber, der insbesondere auch unsere Organisation veranlassen mußte, zu der Frage der Invalidenkasse Stellung zu nehmen, waren die Ueberrittsbestimmungen aus anderen Organisationen, die nun solche Invalidenunterstützung eingeführt haben. Es ist ganz klar, daß die so weitgehend erworbenen Rechte zu einer Invalidenzusatzkasse nicht ohne weiteres von dem einzelnen Mitglied aufgegeben werden. Würde hier nun keine Gegenseitigkeit und Uebernahme bestehen, so wäre damit der Zuzug und die Werbekraft unseres Verbandes erheblich gefährdet.

E. D.

Der Ausbau der Invalidenversicherung

Vorschläge der Gewerkschaften.

Am 21. Januar wandten sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und der Verband der Deutschen Gewerksvereine mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister, in der sie ihm ihre Vorschläge zum Ausbau der Invalidenversicherung unterbreiten. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Im Vorjahre wurde von Vertretern Ihres Ministeriums wiederholt darauf hingewiesen, daß der Wiederaufbau der deutschen Sozialversicherung nach der Inflation annähernd abgeschlossen sei. Wenn diese Auffassung auch im allgemeinen Geltung haben mag, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß die Rentenversicherung der Arbeiter, die Invalidenversicherung, uns noch weit hinter dem notwendigen und möglichen Abschluß zurückgelassen erscheint. Wir halten die Leistungen dieses Versicherungszweiges für außerordentlich ausbaubedürftig und wollen im nachstehenden unsere Vorschläge hierzu unterbreiten, wobei wir uns gestatten, auf die dem Reichstag zur Invalidenversicherung vorliegenden Anträge Bezug zu nehmen.

Voraussetzungen möchten wir noch, daß wir bei unseren Vorschlägen nicht von der falschen, aber vielfach anzutreffenden Meinung ausgehen, die Invalidenversicherung erübrige jetzt ausreichend hohe Uberschüsse, um davon die Kosten einer Erweiterung der Leistungen decken zu können. Wir halten die Wiedereinführung des früheren reinen Kapitaldeckungsverfahrens nicht für wünschenswert. Ein ausreichender Fonds zur Deckung der Bedürfnisse für längere Zeitdauer erscheint uns jedoch durchaus geboten. In der Ansammlung der derzeitigen Uberschüsse sehen wir deshalb auch keine Veranlassung, damit die von uns geforderte Erhöhung der Leistungen zu begründen.

Die wichtigsten der von uns aufgestellten Forderungen zum Ausbau der Leistungen sind kurz wie folgt zusammenzufassen:

1. Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen. — 2. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 v. H. — 3. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität. — 4. Beilegung der Kürzungsbestimmungen nach § 1311 RVO. — 5. Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Es sind weiter besprochen worden, aber als zurzeit nicht vordringlich von uns zurückgestellt worden u. a. folgende Forderungen:

- a) Erhöhung des Grundbetrages der Renten;
- b) Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.

Die Begründung unserer Forderungen fügen wir hier bei.

Wir ersuchen dringend, die von uns aufgestellten Forderungen bei den derzeitigen Beratungen über die Leistungen der Invalidenversicherung zu berücksichtigen.“

Der Eingabe wurde folgende Begründung beigefügt:

„Zu 1.: Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen.

Im Vergleich zu den Rentenleistungen in den niedrigen Beitragsklassen muß die Rentenversorgung in der höchsten Beitragsklasse, die 88 v. H. aller Versicherten umfaßt, als vollkommen unzureichend angesehen werden. Es handelt sich hierbei um höherentlohnte und hochqualifizierte industrielle Arbeiter vorwiegend in städtischen Bezirken mit teuren Lebensverhältnissen. Daß diese große Arbeiterschaft im Invaliditätsfall die Not am härtesten trifft, kann wohl von keiner Seite bestritten werden. Die Gewerkschaften sind deshalb auch dazu übergegangen, Selbsthilfe durch Einführung von Invalidenunterstützung in ihren Unterstützungseinrichtungen zu betreiben. Auch die Regierung scheint sich dieser Erkenntnis nicht länger entziehen zu können. Worauf wäre wohl sonst der Ge-

danke zurückzuführen, Invalidenzusatzklassen für Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben einzurichten.

Wir halten die Einführung einer höheren Versicherungsmöglichkeit für notwendig und nicht mehr länger aufschiebbar. Dazu schlagen wir den Aufbau ausdehrender weiterer Lohnklassen mit entsprechend höheren Beiträgen vor. Es sind bei den heutigen Lohnverhältnissen in der Industrie und im Gewerbe mindestens Lohnklassen erforderlich von 36 bis 45, 45 bis 54, 54 bis 70 und über 70 Mt. Die Verrechnung der höheren Beiträge in Steigerungssätzen hat die notwendige Erhöhung der Renten zur Folge.

Höhere Beiträge bedeu im Verhältnis zu niedrigen Beiträgen auch viel leichter und auf längere Dauer die aus den Steigerungsbeträgen erwachsenden Lasten. Das veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Beitragsklasse	Invalidenrente		
	in 30 Jahren 156 Beiträge Mth.	Jährlich (ohne Reichs- und Kinderzuschuß Mth.)	Die Beiträge reichen zur Deckung für
II	936	355,20	2 Jahre 7 ² / ₈ Monate
III	1404	448,80	3 " 1 ¹ / ₂ "
IV	1872	542,40	3 " 5 ¹ / ₈ "
V	2340	636,—	3 " 8 "
VI	2808	729,60	3 " 10 "
VII	3120	792,—	3 " 11 ¹ / ₈ "

Aus dieser Anstellung ergibt sich, daß in den Beitragsklassen II und III durchschnittlich noch nicht für drei Jahre Deckung in den Beiträgen gegeben ist, während in der Klasse VII die Deckung schon für annähernd vier Jahre reicht. Je höhere Beitragsstufen zur Einführung kommen, um so günstiger wird das Ergebnis. Hinzu kommt noch, daß die höheren Beiträge von Industriearbeitern zu leisten sind, die erfahrungsgemäß höhere Sterbeziffern in niedrigeren Lebensjahren haben als Arbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben oder Bezirken. Daraus ist zu folgern, daß die Rentendauer der Versicherungskreise mit höheren Beiträgen kürzer ist als bei landwirtschaftlichen Arbeitern. Die höheren Beitragsklassen bieten also für die Versicherung ein günstiges Wagnis und stützen in doppelter Beziehung einen Ausbau der Leistung. Das Streben der Arbeiter nach einer höheren Versicherungsmöglichkeit ist allgemein. Es hat mit dazu geführt, daß die Abwanderung industrieller Arbeiter zur Angestelltenversicherung immer stärker wurde, weil dort für Schichten mit höherem Verdienst eine weit höhere Versicherungsmöglichkeit besteht.

Zu 2.: Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 v. H.

Zur Befürwortung dieser Forderung wollen wir darauf verweisen, daß bei der für den Bezug der Rente notwendigen zwei Drittel Invalidität große Härten unterlaufen, die zweifellos vermieden werden, wenn die Grenze herabgesetzt wird. Ältere Arbeiter, die nach ihrer Arbeitsleistung mehr als zur Hälfte invalide sind, erhalten keine Rente, weil bei der heutigen Praxis der Versicherte nahezu vollständig arbeitsunfähig sein muß, bevor er Rente zugesprochen erhält. Diese mehr als halbinvaliden Arbeiter finden bei den heutigen intensiven Arbeitsmethoden, sofern sie arbeitslos werden, in den Betrieben kein Unterkommen mehr. Für sie zu sorgen, ist moralische Pflicht. Die Invaliditätsgrenze mit 50 v. H. besteht in der Angestelltenversicherung übrigens von Anfang an. Zur Berechnung der daraus entstehenden Kosten kann u. E. die Knappschaftsversicherung nicht zum Vergleich gestellt werden, weil der im Knappschaftsversicherungsgezet in den §§ 36 und 37 festgelegte Begriff der Vernunftunfähigkeit sich nicht mit dem Begriff der halben Invalidität deckt.

Zu 3.: Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität.

Bei der Herabsetzung der Invaliditätsgrenze auf 50 v. H. könnte auch die Ausdehnung der Versorgung der Witwen auf die Durchführung des Antrages, Reichstagsdrucksache 692 Abf. 3, beschränkt werden. Der Antrag fordert eine Gewährung der Rente für alle über 50 Jahre alten Witwen

und für solche, die minderjährige Kinder zu erziehen haben. Die danach nicht versorgten Witwen werden gleichfalls Rente erhalten, wenn sie 50 v. H. statt bisher 66% v. H. erwerbsbeschränkt sind.

Zu 4: Beseitigung der Kürzungsbestimmungen nach § 1311 AVO.

Unsere weitere Forderung auf Beseitigung der Kürzungsbestimmungen beim Zusammentreffen mehrerer Renten durch Streichung des § 1311 bringt keine finanzielle Belastung. Die mit der Ausführung dieses Paragraphen erreichten Ersparnisse werden durch die Kosten der damit verbundenen Verwaltungsarbeit wieder aufgewogen. Die Anwendung der Bestimmung führt zu Ungerechtigkeiten und wird in der versicherten Bevölkerung nur als Schilane empfunden. Wir bitten deshalb um Streichung des § 1311 AVO.

Zu 5: Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die Abwanderung aus der Invalidenversicherung trägt zu dem im Verhältnis der Angestelltenversicherung ungünstigen finanziellen Stand recht erheblich bei. Die aus dem Kreise der Abgewanderten bereits vorhandenen Rentenlasten bleiben in der Invalidenversicherung zurück und müssen aus den Beiträgen der zumeist wirtschaftlich schlechter gestellten Invalidenversicherter Arbeiter im Umlageverfahren ausgebracht werden.

Das ist ein Zustand, der nicht länger zu ertragen ist.

In wie starkem Maße sich diese Abwanderung vollzog, ergibt sich daraus, daß die Angestelltenversicherung in den Jahren 1913 bis 1921 gleichbleibend 1,5 Millionen Versicherte zählte. Seit der Gesetzesänderung im Jahre 1922 ist die Zahl unablässig angestiegen bis auf 3,1 Millionen im Jahre 1927, ohne bisher zum Stillstand zu kommen. Der Zuwachs von mehr als 1,5 Millionen stammt aus dem Versicherungskreis der Invalidenversicherung. Immer wieder werden weitere große Gruppen im Streitverfahren der Angestelltenversicherung zugeführt. Auch die Bestimmung in § 193 des Angestelltenversicherungsgesetzes, wonach Arbeitgeber und Versicherte durch eine gemeinsame Erklärung maßgeblich über die Zuständigkeit des Versicherungszweiges entscheiden können, führt zur Abwanderung zur Angestelltenversicherung.

Die Höhe der in der Invalidenversicherung verbliebenen Rentenlasten ergibt sich aus dem Verhältnis der Zahl der Abgewanderten zur Zahl der Versicherten in der Invalidenversicherung. 18 Millionen Versicherte hatten dort im Jahre 1927 rund 600 Millionen Mark Rentenlasten zu tragen. Auf den Kreis der ausgeschiedenen 1,5 Millionen Versicherte, das sind 8,5 v. H., entfällt der anteilmäßige Betrag. Das wären jährlich 51 Millionen Mark. Die durchschnittliche Rentendauer beträgt 9 bis 10 Jahre. Der Gesamtbeitrag an Lasten, der zufolge der Abwanderung bei der Invalidenversicherung ohne Deckung verbleibt, wäre demnach 51 mal 9 bis 10 = rund 450 bis 500 Millionen Mark. Die Angestelltenversicherung hat als Gesamtdeckung dieser Lasten 33 Millionen Mark gezahlt.

Wir halten für dringend geboten, daß diese ungerechte Belastung endlich beseitigt wird.

Eine fortgesetzte einseitige Belastung erwächst der Invalidenversicherung nicht nur aus dem zurückgelassenen Rentenbestand, sondern auch aus der derzeitigen gesetzlichen Regelung der Ansprüche der Wanderversicherten und der jetzt dauernd zur Angestelltenversicherung übergegangenen einzelnen Versicherten. Diese Versicherten beziehen noch in den ersten zehn Jahren nach dem Uebertritt in der Invalidenrentenrente, wozu die Angestelltenversicherung nur 15 v. H. der dort geleisteten Beiträge als Steigerungssatz zahlt, weil in der Angestelltenversicherung die Invalidenbeiträge nicht auf die Wartezeit in Anrechnung kommen. Auch dieser Schutz der Angestelltenversicherung zu Lasten der versicherten Arbeiter läßt sich in keiner Weise rechtfertigen. Wir ersuchen dringend, durch Änderung der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen eine gerechtere Verteilung der Lasten herbeizuführen.

Zur finanziellen Auswirkung unserer Forderung.

Würde die Invalidenversicherung nicht die der Angestelltenversicherung zuzurechnenden Lasten zu tragen haben und würden ferner die höheren Beitragsklassen in der Invalidenversicherung endlich eingeführt, so würden sich auch die von uns gestellten Forderungen auf Herabsetzung der Invalidengrenze und auf Gewährung von Renten an nicht invalide Witwen tragen lassen.

Gegenüber den amtlichen Darstellungen der Entwicklung des zukünftigen Rentenbestandes der Invalidenversicherung müssen wir erklären, daß wir nicht in der Lage sind, der dort vorliegenden pessimistischen Auffassung zu folgen. Die Kriegsfolgen haben offenbar den Rentenbestand außer-

ordentlich ungünstig beeinflusst. Die jährlichen Zugänge an Invalidenrenten sind jedoch seit dem Jahre 1925 nicht mehr gestiegen. Im Jahre 1927 ist sogar ein vermutlich durch die Arbeitsmarktlage bedingter Rückgang von 260 000 auf 245 000 Renten eingetreten. Auch die Witwenrentenzugänge sind im Abnehmen begriffen — von 41 000 im Jahre 1924 auf 36 000 im Jahre 1927. Die Entwicklung des Witwenrentenzuganges läßt sich infolge des besonderen Zuganges bei der Neueinführung von Alterswitwenrenten im letzten Statistikjahr noch nicht beurteilen. Es dürfte jedoch, wie bei den anderen Renten, mit einem Rückgang zu rechnen sein. Wenn die durchschnittliche Laufzeit der Renten etwa neun bis zehn Jahre beträgt, so kann doch wohl damit gerechnet werden, daß nach Ablauf dieser Frist auch eine Stabilisierung des Rentenbestandes eintritt wird. Die Kriegswirkungen werden dann verbleiben. Eine Fortschreibung der jetzigen jährlichen Erhöhungen des Rentenbestandes auf lange Zeit erscheint uns nicht gerechtfertigt.

Mit der Zusammenfassung aller vorstehenden Betrachtungen über die Finanzlage und mit unseren Forderungen zur Besserung der finanziellen Verhältnisse der Invalidenversicherung glauben wir eine ausreichende Begründung für die Durchführbarkeit unserer Forderungen zum Ausbau der Leistungen gegeben zu haben.

Schlufbemerkung.

a) Die Erhöhung des Grundbetrages der Renten, (Reichstagsdrucksache 692 Abf. 1) kann u. G. aus folgenden Gründen zurückgestellt werden:

Die Zusammenfassung der Renten aus einem Grundbetrag von 240 M. (einschl. Reichszuschuß) und Steigerungssätzen in Höhe von 20 v. H. der geleisteten Beiträge wirkt sich auf die Rentenhöhe der verschiedenen Beitragsklassen ganz verschieden aus, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt:

Klasse	Verdienst wöchentlich Mk.	Monatliche Rente nach 30jähriger Beitragsleistung ohne Kinderzuschuß (1560 Wochen Mk)
II	über 6—12	35,50
III	" 12—18	43,40
IV	" 18—24	51,20
V	" 24—30	59,—
VI	" 30—36	66,80
VII	" 36	72,—

Daraus ergibt sich, daß in den niedrigen Beitragsklassen die nach 30 Jahren Beitrag zu erreichende Rentenhöhe in einem weit günstigeren Verhältnis zur Höhe des versicherten Lohnes steht, als in den höheren Beitragsklassen. In den Beitragsklassen I bis III wurden nach der Statistik vom Jahre 1927 = 35,5 v. H. aller Beiträge entrichtet. Es handelt sich also dabei um mehr als ein Drittel aller Versicherten, die vorwiegend in der Landwirtschaft oder in ländlichen Bezirken zu suchen sind.

Mit einer allgemeinen Erhöhung des Grundbetrages der Renten ist jedenfalls der schwere Mangel des heutigen Systems nicht zu beseitigen. Die gleichmäßige weitere Erhöhung der Renten würde Ausgaben verursachen, die bei der notwendigen Sparbarkeit beim Ausbau der Leistungen noch zurückgestellt werden müssen, bis eine gerechtere Versorgung aller Arbeiterschaften erreicht ist.

Die Berücksichtigung des Mangels an ausreichender Rentenversorgung in industriellen und städtischen Bezirken erscheint uns unter diesen Verhältnissen vorzuziehen.

b) Zur Herabsetzung der Altersgrenze.

Die Durchführung dieser Forderung würde nach den vorliegenden Berechnungen der sozialpolitischen Bilanz vom Jahre 1927 allein eine allgemeine Beitragserhöhung um 50 v. H. erfordern. Die mit der Gewährung von Renten an alle über 60 Jahre alten Arbeiter erhoffte wirtschaftspolitische Wirkung würde ausbleiben, weil die zu niedrige Rente keinen Rentenempfänger veranlassen kann, freiwillig auf verdienstbringende Beschäftigung zu verzichten und damit jüngeren Arbeitern zur Entlastung des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze freizugeben. Solange nicht eine Erhöhung der Renten erreicht ist, muß die Forderung zurückgestellt werden. Gegenwärtig würde die Durchführung der Forderung nur die Wirkung haben, daß andere Leistungserhöhungen auf längere Zeit hinausgeschoben würden, weil die Mehrbelastung zu groß ist."

Gemeinwirtschaftliche Entwicklungstendenzen

II.

Der erste in der Reichsverfassung vorgesehene Sozialisierungsweg, der Uebergang privatwirtschaftlicher Unternehmungen in Gemeineigentum, ist nicht erst jetzt beschränkt worden. Eisenbahn, Post und Telegraph wurden längst verstaatlicht. Die Ueberführung weiterer wirtschaftlicher Unternehmungen und Werte, insbesondere der Bodenschätze und Naturkräfte, in die deutsche Gemeinwirtschaft, sowie die Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Länder und der Gemeinden wurde als Reichsache erklärt. Danach wurde dann z. B. die Ueberführung der Elektrizitätswerke in die öffentliche Hand gesetzlich eingeleitet. In der Spirituszentrale erfolgte

die Ablösung eines großangelegten Privatmonopols durch das Reich. Dieses staatswirtschaftliche Unternehmen ist ein charakteristisches Beispiel für das Heranreifen privater Wirtschaftsformen für die Gemeinwirtschaft. Weitere Beispiele sind die Deutschen Werke, die als Aktiengesellschaft des Reiches aus den Reichskriegsbetrieben entstanden sind, die dem Reich gehörende Aktiengesellschaft Elektrowerke, als Träger eines großen Teils der mitteldeutschen Stromerzeugung, die Preussischen Elektrizitätswerke, A.-G., als Elektrizitätsunternehmen des preussischen Staates, die Aktiengesellschaft Sächsisch Werke als Trägerin der sächsischen Landesstromversorgung, die staatlichen Kraftverkehrsunternehmen verschiedener deutscher Landestelle und andere ähnliche Unter-

nehmungen mehr. Die Form der A.-G., in der sie von der öffentlichen Hand geführt werden, ändert nichts an ihrem staatslich-gemeinwirtschaftlichen Charakter. Sie wurde zur Steigerung der Bewegungsfreiheit gewählt.

Die Beteiligung der öffentlichen Hand an privatwirtschaftlichen Unternehmungen, die in der Reichsverfassung als zweite Methode der Sozialisierung vorgesehen ist, kann durch Reich, Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände erfolgen und ist ebenfalls bereits in vielen Fällen durchgeführt worden. So hat sich das Reich z. B. an Stickstoff- und Pulverwerken durch Hergabe von Mitteln beteiligt und auf diese Unternehmungen einen maßgebenden Einfluß geübt. Besonders bemerkenswert ist aber die Reichsbeteiligung an der Hütte, die während des Krieges mit Unterstützung des Reiches ausgebaut wurde und heute über die reichsten Erzgruben verfügt. Von Länderbeteiligungen seien nur die des Freistaates Preußen und anderer Gliedstaaten an verschiedenen Bergwerksunternehmungen, Bayerns am Waldenferwerk und anderen Elektrizitätsunternehmungen, Sachsens an den Ferngasversorgungsgesellschaften des Landes usw. als Beispiele genannt. Gemeinden und Gemeindeverbände Preußens sind gemeinsam mit dem Staat am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, sächsische Gemeinden, zum Teil ebenfalls gemeinsam mit dem Lande, an verschiedenen örtlichen oder bezirklichen Elektrizitäts- und Gaswerken, Verkehrsunternehmungen usw. beteiligt. Einer wichtigen gemeinsamen Beteiligung von Reich, Ländern und Gemeinden entsprang die Deutsche Luft Hansa sowie die Anlage zahlreicher Flugplätze. Mit der Beteiligung sicherte sich die öffentliche Hand natürlich auch einen maßgebenden Einfluß.

Der dritte in der Reichsverfassung vorgesehene Sozialisierungsweg, der Zusammenschluß wirtschaftlicher Unternehmungen unter ihrer eigenen Verwaltung, steht freilich mit der Sozialisierung nur in losem Zusammenhange, und zwar nur insoweit, als sich die öffentliche Hand ein Ueberwachungsrecht über solche zusammengeschlossenen Unternehmungen und einen gewissen Einfluß auf deren Selbstverwaltung gesichert hat. Auch auf diesem Wege wurden bereits manche vorläufigen Ziele erreicht. Genannt seien die nach dem Kali- und Kohlenwirtschaftsgesetz gebildeten Organisationen, deren wichtigste Aufgabe die Preisbestimmung ist. In die Selbstverwaltung sind auch die Verbraucher und die Arbeiter mit einbezogen; ihre Vertreter nehmen an der Verwaltung teil. An der privatwirtschaftlichen Gewinngestaltung wird freilich grundsätzlich nichts geändert, nur kann bei der Festsetzung der Preise bis zu einem gewissen Grade eine Gewinnrenge gezogen werden. Auch der Eisenwirtschaftsbund mit einem ähnlich zusammengesetzten Verwaltungskörper wie in den Organisationen für Kali und Kohle setzt die Preise für seine Produkte fest und regelt die Verteilung von Eisen, Stahl und Halbfabrikaten für die verbrauchende Industrie. Noch in verschiedenen anderen Berufs- und Wirtschaftsgruppen wurde ein solcher Zusammenschluß der Betriebe durchgeführt unter Errichtung von Selbstverwaltungskörpern, in denen auch die Arbeiter, der Handel und die Verbraucher vertreten sind. Das Aufsichtsrecht der Regierung ist allerdings außerordentlich beengt. Es beschränkt sich im wesentlichen auf ein Vetorecht gegen Preiserhöhungen, und auf das Recht, Preisherabsetzungen zu verlangen.

Ueber die Beschreitung der in der Verfassung vorgesehenen Sozialisierungswege hinaus eröffnen sich der Gemeinwirtschaft noch weitere Ausichten aus der genossenschaftlichen Betätigung ihrer überzeugten Anhänger. Denn — Edmund Fischer sei auch hier zitiert —:

„Sozialisierung der Produktion bedeutet nicht einfach Verstaatlichung und Kommunalisierung, sondern Selbstverwaltung, die sich nicht nur in staatlichen und kommunalen Körperschaften vollzieht, sondern auch in freien Organisationen, in Genossenschaften.“

Dabei hatte er freilich weniger die Produktionsgenossenschaften im Auge, die zwar vom kapitalistischen Standpunkt aus Vorteile bieten, sich aber auch zur möglichsten Steigerung des Gewinns der an ihnen beteiligten Genossen gegen die Verbraucher richten können und denen mithin der gemeinnützige und damit auch gemeinwirtschaftliche Charakter fehlt, wohl aber die Konsumvereine und die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Denn gerade diese beiden Genossenschaftsformen erstreben die planmäßige Regelung der Produktion unter Ausschaltung des Individualbetriebes oder dessen Eingliederung in eine straffe, auf der Grundlage der Selbstverwaltung beruhende Organisation, die Entwicklung eines großen gemeinsamen Besitztums, die feste Einfügung in die Wirtschaft und ihre Entwicklung zur öffentlich-rechtlichen Einrichtung.

Stadtrat Paul Barthel.

Unser Mitgliederstand am 1. Januar 1929

Als sichtbaren Erfolg der Werbetätigkeit unseres Verbandes bringt das Jahr 1928 einen Zuwachs von 30 197 Mitgliedern. Von 228 522 Mitgliedern am 1. Januar 1928 ist die Mitgliederzahl auf 258 719 am 1. Januar 1929 oder um 13,2 Proz. gestiegen. Der Zuwachs an männlichen Mitgliedern beträgt 25 135 oder 13 Proz., der der weiblichen 5062 oder 14,3 Proz. Gestiegen ist die Mitgliederziffer bei den männlichen von 193 278 auf 218 413, bei den weiblichen von 35 244 auf 40 306. Alle Wirtschaftsbezirke haben im verflossenen Jahr Anteil an der Jahreszunahme. Berlin steht mit einer absoluten Zunahme von 6997 Mitgliedern an erster Stelle. Es folgen Westfalen mit 4205, Ostpreußen mit 2330, Nordwest mit 2112, Sachsen mit 2013, Mitteldeutschland mit 1752, Rhein-Main mit 1680, Bayern mit 1652 und Hamburg mit 1627 Mitgliedern. Prozentual weist der Wirtschaftsbezirk Westfalen mit 31,4 Proz. die höchste Zunahme auf. Es folgen die Wirtschaftsbezirke Ostpreußen mit 23,8 Proz., Berlin mit 22,5 Proz., Brandenburg mit 18 Proz., Nordwest mit 17 Proz. und Mitteldeutschland mit 14,7 Proz.

Ein unerfreuliches Bild zeigen die Ziffern der Arbeitslosigkeit. Allein nach dem Stand vom 1. Dezember 1928 ist die Zahl der Arbeitslosen von 4981 auf 6553 gestiegen. Das bedeutet also am 1. Januar 1929 1572 Arbeitslose mehr als einen Monat früher. Zu Anfang des Jahres 1928 zählten wir insgesamt 5908 arbeitslose Mitglieder. Davon waren 4245 männlich und 1663 weiblich. Am Jahreschluß waren 4602 männliche und 1951 weibliche, insgesamt 6553 Mitglieder arbeitslos. Das ist eine absolute Steigerung von 645 Arbeitslosen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist am Jahreschluß um 266 Mitglieder gegenüber dem Jahresanfang gestiegen. Am 1. Januar 1928 zählten wir 620 und am 1. Januar 1929 886 Kurzarbeiter. Die Ziffern über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit innerhalb unseres Organisationsbereichs treten gegenüber der Privatindustrie nicht allzu hoch in Erscheinung, werden aber doch von unseren arbeitslosen Mitgliedern in gleichem Grade fühlbar. Es muß darum immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, daß in den Betrieben der öffentlichen Hand Arbeitslose und Kurzarbeiter überhaupt nicht in Erscheinung treten dürfen. Das Jahr 1928 hat sich überaus vorteilhaft in der Mitgliederbewegung verabschiedet. Hoffen wir auf eine ebenso günstige Weiterentwicklung für das Jahr 1929. Die Zeiten sind ernst, Anspannung aller agitatorischen Kräfte ist dringendes Gebot. Deshalb vorwärts! Werben wir, damit die 300 000 in diesem Jahr erreicht werden!

Wirtschaftsbezirke bzw. Gauverwaltungen	Mitgliederstand am 1. Januar 1929			Jahresbericht Mitglieder- stand am		Zunahme + Abnahme	Zunahme in Proz.
	männ- lich	weib- lich	zu- sammen	1. 1. 1928	1. 1. 1929		
1. Nordwest							
a) Bremen	6342	346	6688	5875	6688	+ 813	13,9
b) Schleswig-Holstein	3922	613	4535	3741	4575	+ 834	22,3
c) Mecklenburg	2637	662	3299	2834	3299	+ 465	16,4
2. Hamburg	12941	1621	14562	12450	14562	+ 2112	17
3. Westfalen	22037	4602	26639	25012	26639	+ 1627	6,5
4. Rheinland	15445	2132	17577	13372	17577	+ 4205	31,4
5. Rhein-Main	9528	603	10128	9892	10128	+ 236	2,4
6. Rheinpfalz	15504	2819	18323	16643	18323	+ 1680	10,1
7. Baden	3493	369	3862	3832	3862	+ 30	0,8
a) Karlsruhe	7795	836	8631	7950	8631	+ 681	8,6
b) Singen	907	101	1008	1000	1008	+ 8	0,8
8. Württemberg	8702	937	9639	8950	9639	+ 689	7,7
9. Bayern	5933	511	6444	5821	6474	+ 653	11,2
a) München	8300	1532	9832	8914	9832	+ 918	10,3
b) Nürnberg	6640	612	7252	6518	7252	+ 734	11,3
10. Thüringen	14940	2144	17084	15432	17084	+ 1652	10,7
11. Sachsen	5231	1254	6485	5928	6485	+ 557	9,4
a) Dresden	10380	2997	13377	12217	13377	+ 1160	9,5
b) Leipzig	5759	2244	8003	7292	8003	+ 711	9,9
c) Zwickau	6464	1033	7497	7355	7497	+ 142	1,9
12. Mitteldeutschland	22603	6274	28877	26864	28877	+ 2013	7,5
a) Magdeburg	7806	1913	9719	8340	9719	+ 1379	16,5
b) Halberstadt	3550	397	3947	3574	3947	+ 373	10,4
13. Hannover	11356	2910	13666	11914	13666	+ 1752	14,7
14. Schlesien	7069	666	7735	7122	7735	+ 613	8,6
15. Brandenburg	10648	2049	12697	11287	12697	+ 1410	12,5
16. Berlin	7649	1390	9039	7658	9039	+ 1381	18
17. Pommern	29548	8507	38055	31058	38055	+ 6997	22,5
a) Stettin	3339	463	3802	3807	3802	+ 5	0,1
b) Kolberg	1562	264	1826	1589	1826	+ 237	14,9
18. Ostpreußen	4901	727	5628	5396	5628	+ 232	4,3
Einzelmitglieder	10788	1320	12108	9778	12108	+ 2330	23,8
	67	74	141	113	141	+ 28	24,9
Gesamt	218 413	40 306	258 719	228 522	258 719	+ 30 197	13,2

) Abnahme.

Honoré Daumier

zu seinem 50. Todestag am 11. Februar 1929



„Je suis de mon temps.“
„Ich bin ein Kind meiner Zeit.“

Nach einem unerklärlichen Ratschluß des Schicksals ist auch Honoré Daumier bis auf den heutigen Tag noch nicht zum geistigen und seelischen Besitz der arbeitenden Menschheit geworden, vielen ist er, der tapferste und genialste bildende Künstler der ewigen Revolution, noch unbekannt, sein Werk liegt wie eingesargt in wenigen Museen und Privatsammlungen, aber nicht das Volk, dem er Kämpfer und Kunder ward, kennt und liebt ihn in seiner wirklichen und

nachdauernden Bedeutung. An diese Tragik muß erinnert werden, heute, an seinem 50. Todestag, und nachfolgende Zeilen möchten sich um eine Vermittlung seines unsterblichen Werkes bemüht haben. Denn es genügt nicht, nur im Pantheon der Kunstgeschichte aufgefahrt zu sein...

Geboren ist Daumier am 26. Februar 1808 in Marseille als Sohn eines Glasermeisters, den nebenher harmlose poetische Versuche in einen helleren Himmel heben sollten. Honoré Daumiers Kindheit verlief in dem Rhythmus jener armseligen Geselligkeit, die das Schicksal unterer Volksklassen ist: sie war hart und nüchtern, ohne die Musik und Feierlichkeit eines schöneren Lebens. Dann wurde der junge Daumier Kaufbursche bei einem Advokaten, später Buchhandlungsgehilfe. Das war noch kein Beruf, aber ein ungewöhnliches zeichnerisches Temperament trieb ihn mit frühen Jahren in die Bezirke der Kunst, autodidaktisch bahnte er sich seinen Weg, die Technik des Lithographierens von einem Bekannten erlernend, und mit harmloser Gebrauchsgraphik mußte er sich anfänglich, schon besessen vom künstlerischen Genius, sein Brot verdienen. Später hatte er Gelegenheit, im Atelier des Marinemalers Eugène Boudin, einem Dor-



Aufruhr

läufer des Impressionismus, sein Talent weiter auszubilden. Doch bald schon, kaum dreiundzwanzigjährig, fand er das geeignete Dentil für seine künstlerische und zeitkritische Leidenschaft: im Jahre 1831 gründete der Derleger Charles Philipon, wohl einer der besten literarischen Vertreter des französischen Liberalismus, die satirische Zeitschrift „La Caricature“, die später in dem täglich erscheinenden „Le Charivari“ fortgeführt wurde, und dem Daumier über 40 Jahre Mitarbeiter blieb. Das französische Volk, das im Jahre 1830 daran ging, die erhabenen Ideale der großen bürgerlichen Revolution von 1789, die die Ablösung der feudalen Herrschaft einleitete, zu verwirklichen, wurde um den Sieg seiner opferreichen Bemühungen betrogen. Der gewählte neue Herrscher Frankreichs, Louis Philippe von Orleans, verstand es wohl in den ersten Jahren seiner Bürgerkönigsregierung, die nichts weiter als eine Regierung der Bankiers war, dem Volk den goldenen Sand der Betörung in die Augen zu streuen und ihm auf verhältnismäßig plumpe Art zu schmeicheln, damit es über seine verlogene Geschäftigkeit und Habsucht hinweg sah; aber doch bald regten sich die Tapfersten und durchsichtigen das ganze Manöver. Charles Philipon wurde zu einem der erbittertsten Gegner der Julimonarchie und sammelte um seine beiden Oppositionszeitschriften die besten Köpfe der revolutionären Demokratie. Das war für Daumier der Platz, auf den er gehörte, und von dem aus er die geistvollsten und gefährlichsten Attacken gegen die Feinde und Nutznießer der Revolution ritt. Hier, in der „Caricature“ konnte er sich austoben. Hier und im späteren „Charivari“ erschienen die Anzahl der bissigsten Lithographien und Holzschnitte, die die Grimasse jener Zeit, Feigheit, Heuchelei und Habsucht der Herrschenden nackt enthüllte, jene unsterblichen, von einem genialen, kraftvollen Reinlichkeitsfanatismus des Empörers besessenen

Zeichnungen. Daumier war nicht nur ein Künstler, er war ein Mann des Volkes, Revolutionär, Politiker, der das auf den Stein setzte, was ihm im Herzen brannte. Alles Gesehene, Erlebte und Erlittene wurde unter der unbarmherzigen Wahrheit seines Griffels zur Anklage, zur Satire, zur Karikatur: die Scharintelligenz der Justiz, die sich selbst in ihrer geistigen Aufgeblasenheit zum Richter über das gemeine Volk erkor, die menschliche Erbarmlichkeit der Höflinge, der parlamentarische Kretinismus, die elende Kriecherei der Beamten. Da erließ 1835 Louis Philippe die berüchtigten Septembergesetze, die jede Karikatur der politischen Zustände verboten, und denen auch die „Caricature“ zum Opfer fiel. Daumier, der den König als gefräßigen Riesen karikierte, mußte wegen Majestätsbeleidigung und Presservergehens ein halbes Jahr ins Gefängnis. Charles Philipon gründete nun die schon mehrmals genannte Zeitschrift „Le Charivari“, die sich die satirische Bloßstellung der bürgerlichen Welt, ihre intimen, lächerlichen, verschrobene Beziehungen zu- und untereinander zur Aufgabe gestellt hatte. Auch hierin sprang Daumier wieder auf die Schanze, und so entstand in seinen Zeichnungen die vortrefflichste Naturgeschichte der bürgerlichen Eitelkeiten. Was in diesem Herbarium menschlicher Dummheiten sorgsam präpariert und gesammelt wurde, ist in seiner köstlichen Aktualität von ewigem Wert. Man muß sich diese Blätter, die von einer hellseherischen Gründlichkeit und

Kenntnisse der Objekte diktiert sind, immer wieder anschauen, um diese in aller Armseligkeit entblößten Gestalten einer immer noch nicht ausgestorbenen Spezies von Menschen, diese bürokratischen, diese sensiblen Register, diese hochköpfigen Vertreter der Justiz und der Parlamente so recht als Mahnung und auch als agitatorisches Kampfmittel würdigen zu können.

Das Jahr 1848 sollte diesen lächerlichen Zauber mit dem eisernen Besen des revolutionären Volkes in den Wind fegen; beglückt begrüßte Daumier den Aufstand, der den König in die Flucht schlug, aber allzubald sollte wieder die blutig errungene innerpolitische Freiheit durch den Staatsstreich Napoleons des Dritten

im Jahre 1851 verlorengehen. Da erschien Daumier wieder auf der politischen Tribüne der Zeit, erfüllt von reinem Pathos der Revolution geißelte er auch die Schwächen der neuen Ära, um dann zum erbitterten Gegner Napoleons des Dritten und seiner volksfeindlichen Trabanten zu werden. Der Wahnsinn des Militarismus, die Aufgeblasenheit des politischen Betriebs, die Selbstherrlichkeit eines kleinen Monarchen und der Volksbetrug par excellence triumphierten wieder. Napoleon der Dritte, dem man die sinnlosesten Kriege zu führen gestattete, gegen Oesterreich, gegen Rußland, gegen Mexiko und zu allerletzt noch gegen Deutschland, wurde zum Unglück Frankreichs. Daumier, wenn auch noch kein Sozialist, aber ein tapferer Kämpfer der Menschlichkeit und des Friedens, steht mit seiner Kunst, die zur Waffe wurde, auf der Seite des revolutionären Volkes, das gegen das verbrecherische Treiben der militaristischen und monarchistischen Meute in harter Entschlossenheit rebelliert, und glorifiziert die hehren Ideale der Republik und der demokratischen Gesinnung.

Weitaus der größte Teil der köstlichen Lithographien Daumiers sind auf Zeitungspapier gedruckt worden, waren Tagesarbeit, geladen mit Aktualität. Für diese bissige Form eines zeichnerischen Journalismus hat die zünftige Kunstgeschichtsschreibung auch gleich eine fertige Einordnung zur Hand: Karikaturist. War Daumier zufolge seiner unvergleichbaren Künstlerschaft schon als ein solcher mehr als das, nämlich einer der größten Erzieher des Menschengeschlechts, so bedauert mit Recht der bekannte Kulturhistoriker Eduard Fuchs, einer der feinsten Kenner Daumierscher Kunst, den Mangel einer Würdigung des Malers Daumier. In seinen Gemälden lebt der malerische Geist Rembrandts, und wenn man mitunter gewisse Einflüsse von Corrot, Millet, Diaz zu

empfinden vermag, so sind sie doch in ihrer dramatischen und monumentalen Gespanntheit, geschöpft aus einer großen menschlichen Weltanschauung, von grandioser Einmaligkeit. Schon beim Anblick einiger früherer Lithographien jubelte Balzac: „Der Kerl hat ja was von Michelangelo unterm Fell!“ Ähnliche werturteilende Empfindungen hatte auch der französische Landschaftsmaler Daubigny, ein Zeitgenosse Daumiers, als er in der Sixtinischen Kapelle die Deckengemälde Michelangelos bewunderte und entzückt ausrief: „Das ist Daumier!“ Und es ist nicht eine Würdigung von ungefähr, wenn der bekannte Kunstschriftsteller Karl Scheffler (in seiner „Geschichte der europäischen Kunst“) sich die französischen Malerheroen Cezanne, Courbet, Lautrec nicht ohne die Vorarbeit Daumiers vorstellen kann. All das aber konnte seine Zeitgenossen nicht hindern, ihn als Maler zu vergessen. Erst auf der Pariser Weltausstellung um die Jahrhundertwende, 20 Jahre nach seinem Tode, nachdem die von einigen Freunden unter dem Komiteevorsitz Viktor Hugos im Frühjahr 1878 veranstaltete erste Kollektivschau zu einem finanziellen Fiasko wurde, konnte auch diese schöpferische Seite seines künstlerischen Temperaments weiteren Kreisen bekannt werden. An dieser endlichen Anerkennung sollten nunmehr Sammler und Kunsthändler Millionen verdienen... Nach neunjähriger Blindheit schied er am 11. Februar 1879 aus einem Dasein von äußerer Dürftigkeit.

Das Werk Honoré Daumiers enthält etwa 4000 Lithographien, 1000 Holzschnitte und etwa 500 Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen; in der Tat, eine herrliche Hinterlassenschaft, die uns da geschenkt wurde. Man muß Eduard Fuchs für die Publizierung seines großartigen dreibändigen Werkes der Lithographien, der Sammlung der Holzschnitte und des schönen Werkes über den „Maler Daumier“ dankbar sein. Fuchs hat diesen genannten Ausgaben instruktive, über Zeit, Technik, Entwicklung Daumiers vor-

züglich unterrichtende Einleitungen beigegeben, die auch als geistvolle Zeugnisse einer modernen, am historischen Materialismus orientierten Kunstgeschichtsschreibung angesehen werden müssen. Während die Publikationen von Eduard Fuchs chronologisch gefügt sind (d. h. vor allem der Entwicklung des graphischen Stils nachgehend), ist die auf 9 Bände angelegte Sammlung von Hans Rothe „Daumier und wir“ thematisch geordnet. Die Veröffentlichungen „Daumier und der Krieg“, „Daumier und die Politik“, „Daumier und die Justiz“, „Daumier und das Theater“ und „Daumier und die Ehe“ haben ihren besonderen Wert in der beabsichtigten Verlebendigung dieser ewig aktuellen Themen. Der Herausgeber hat hierzu Einleitungen geschrieben, die das jugendfrische Werk Daumiers in den sozialen und politischen Kampf unserer Zeit stellen. Somit sind beide Sammlungen, die nicht nur die „historische Persönlichkeit“ würdigen wollen, sondern ihn zum Propheten und Richter unserer Wirklichkeit erheben, großartige Monumente unserer Zeit, für unsere Zeit. Sie, die jedes Arbeiterheim oder doch wenigstens jede Volks- und Arbeiterbibliothek ihr eigen nennen sollte, retten das unsterbliche Werk dieses wahrhaft guten Menschen, dieses großen Künstlers und dieses großen Republikaners, wie (sinngemäß) auf der einfachen Steinplatte auf dem Père Luchaise in Paris, wo er begraben liegt, zu lesen ist, hinüber in den ewigen Glauben der arbeitenden Menschheit.

Walter G. Ossilewski.

„... Bruder, laß den Kopf nicht hängen...!“

Derärgert und mißgestimmt stieg ich in die Straßenbahn und ließ mich gleich neben der Tür auf dem Eckstuh nieder, ohne mich im Wagen viel umzusehen. Und während der Zug nun dahinfuhr, ärgerte ich mich, wie man sich eben zu ärgern pflegt, wenn einem unvermutet irgend etwas Widerwärtiges in die Quere gekommen ist. Und zwar tat ich dies mit der gleichen Gründlichkeit, mit der ich sonst alles zu tun pflege, so daß ich nicht einmal das fröhliche Kindergeplauder hörte, das den Wagen erfüllte. Da — ein Lied! Die Kinder singen! „Wir sind jung, die Welt ist offen. O, du schöne, weite Welt!“

Fürwahr, eine „schöne Welt“! räsonniere ich in meinem Kerger vor mich hin. Aber die Kinder kümmern sich nicht um mich und schmettern mit ihren hellen Stimmen weiter: „... Bruder, laß den Kopf nicht hängen, kannst ja nicht die Sterne sehen! Aufwärts blicken! Vorwärts drängen! Wir sind jung, und das ist schön!“

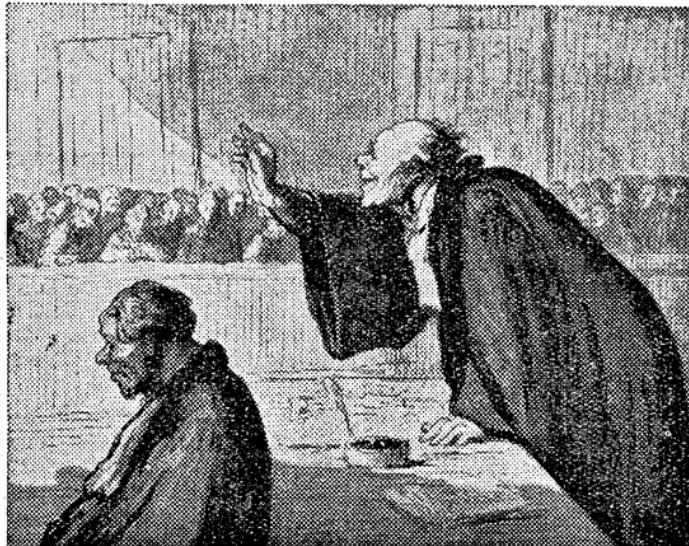
Ich fühle, wie mein Kerger schwindet, indessen ich das Lied mitsumme: „Laß den Kopf nicht hängen...“ Lebensweisheit, von Kindern gesungen, die sie noch nicht ganz erfaßt haben. Aber ist diese Weisheit darum minder wahr? frage ich mich lächelnd, während der Gesang der Kinder und das Gepolter des fahrenden Straßenbahnwagens zu einer wunderlichen Symphonie zusammenklingen. Gewiß nicht! Also lasse deinen Kerger fahren und den Kopf nicht hängen, Kannst ja

nicht die Sterne sehen und die Weiten, durch die sie schweben. — Ich war am Ziel und stieg aus. Die Kinder fuhren weiter. Aber im Weitergehen pries ich den Zufall, dem ich dies kleine Erlebnis zu danken hatte und die muntere Schar der „Kinderfreunde“-Kinder, deren fröhliches Lied mein seelisches Gleichgewicht wieder hergestellt hatte.

H. H.



Der eingebildete Kranke



Eine rednerische Geste

Die Peitsche

Kaleidoskopartig wechselt das Straßenbild: Fußgänger in der hastenden Jagd des Tages, Fuhrwerke aller Art mit lastknarrenden Achsen, tauchen für wenige Sekunden im Gesichtsfeld auf und verschwinden, um anderen Platz zu machen. Summend arbeitet der Motor des Straßenbahnwagens und treibt ihn vorwärts durch das Gewühl der Stadt. Plötzlich taucht ein Lastwagen knapp neben dem Fenster des Straßenbahnwagens auf. Er ist schwer mit Kisten, Ballen und Fässern beladen. Einen Augenblick lang sehe ich die Pferde, die mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft den Wagen vorwärts ziehen. Ihre Köpfe heben und senken sich gleichmäßig, auf,

ab, auf, ab. Da — eine Sekunde lang sehe ich den Peitschenriemen über den Pferdeköpfen schweben und schon fällt er auf den Rücken der Tiere nieder. Ein jäher Ruck, dann heben und senken sich die Pferdeköpfe im gleichmäßigen Tempo. Im nächsten Augenblick ist das Bild verschwunden — wir sind vorüber...

Aber vergessen werde ich dieses Bild wohl kaum jemals können: die laufende Peitsche über den Köpfen müder Arbeitspferde! Ist sie nicht das Sinnbild unserer kapitalistischen Weltordnung? Millionen Menschen, deren Los nur harte Arbeit und Not ist, gleichen sie nicht diesen Pferden? Auch ihnen schwirrt beständig die Hungerpeitsche um die Ohren, die das Kapital über ihnen schwingt. „Schafft Profit!“ gebietet sie ihnen kategorisch.

Heinrich Holec.

Der Maler Daumier



heute unbekanntem Maler Lenoir zeichnen lernen durfte. Das befriedigte ihn aber nicht. Schon nach wenigen Monaten gab er die

Schule auf und arbeitete selbständig Notentitel, Dignetten und kleineren Buchschmuck, um die völlig verarmte Familie zu stützen. Noch einmal studierte er kurze Zeit im Atelier Boudins, aber sein eigentlicher Lehrer wurde der Louvre, wo er nach Plastiken zeichnete. Gegen Ende der zwanziger Jahre veröffentlichte er seine ersten Lithographien. Daumiers Blätter gruppieren sich gerne zu Serien, die einem besonders bezeichnend empfundenen Stand oder Beruf gewidmet sind und sich häufig um eine aktuelle Gestalt gruppieren, die den Sensationen des Tages entnommen oder von Daumier als Typus geschaffen wurde. In den dreißiger Jahren ist es der sprichwörtlich gewordene Robert Macaire, der intrigante Börsianer und Spekulant in allem, in den vierziger Jahren folgt neben anderen der gewissenlose Arzt Mimi Vernon und bald darauf Ratapoil — von Daumier zuerst als Plastik gestaltet —, das politische Großmaul und korrupte Zerrbild des zweiten Kaiserreichs. Worauf es ankommt: diese Gestalten sind Charakterspieler einer allgemein menschlichen Idee, leidenschaftlich verdichtet zum Individuum, aus einem tiefen, tragischen Erleben geborene Geschöpfe, die vielleicht nicht die Bedeutung, aber die Artung besitzen, wie sie Don Quichotte und seine Verwandten für die europäische Geistigkeit darstellen. Diese innere Richtung beherrscht auch die Serien, die zusammengefaßt und als Ganzes gesehen werden wollen wie die zahllosen Bände von Balzacs Comédie humaine; aber Balzac und Daumier, die man oft vergleichen hat, sind nicht nur Illustratoren ihrer Zeit, denn ihre Werke entstanden nicht aus erweiterter Betrachtung, sondern aus einem allgemeinen Willen zum Menschen. Eine der ersten Serien, die Caricaturiana, bringt großen Erfolg. Anfang der vierziger Jahre entstehen die Histoires anciennes, folgend die Bohémiens de Paris, Les bons Bourgeois. Les Femmes savantes, Les Gens de Justice, schließlich die Actualités, die in fast dreißig Jahren (bis 1871) zu einem gigantischen Werk von mehr als tausend Blättern anwachsen. Seit der Revolution von 1848 beschäftigt sich Daumier erneut mit der politischen Satire, der er sich mehr und mehr zuwendet. Er bekämpft das zweite Kaiserreich, die doppelgesichtige Politik Napoleons III., das Carne vale des gesellschaftlichen Lebens. Er erlebt den Krimkrieg, die Unternehmungen in Italien, den Kampf gegen den Klerus, die versteckte Politik gegen den Papst, schließlich den Deutsch-Französischen Krieg und die dritte Republik. Es ist wie eine Karikatur, daß ihm Napoleon 1870 das Kreuz der Ehrenlegion anbietet, das Daumier ausschlägt. Halb erblindet zeichnet er noch. Seinem Freund Corot gelingt es, ihm eine kleine Pension zu verschaffen. Er lebt in Dalmandois in seinem kleinen Landhaus und stirbt blind und in ärmlichsten Verhältnissen. Daumier mußte auf Staatskosten, auf dem Armenweg beerdigt werden.

Der Karikaturist steht immer im vordersten Vordergrund des Tages, dauernd bereit, das Lächerliche der Situation zu empfangen, Künstler des Tages und der Vergänglichkeit, wenn sein Lachen kleinlich bleibt oder sich zur Grimasse verzieht. Daumiers Lachen, dieses bittere, elementare Lachen, hat einen anderen Klang, denn er entzündet mit diesem einzigartigen Lachen, das im Reich bil-

dender Kunst ohnegleichen ist, an der kleinen Tatsache des Alltags wie an der politischen Konstellation eine allgemeinere Wirklichkeit, eine Richtung desjenigen Lebens, das als Wahrheit außer uns besteht und nur von den tieferen Schichten des Daseins gelebt wird. Die feilsche Wahrheit, die sich notwendig in der Rückführung des einzelnen, Zufälligen auf etwas Allgemeines ausdrückt und unabhängig ist vom ephemeren Wechsel der Oberfläche, dieses wie selbstverständliche Erfahren des Künstlers vom Gegenstand aus seiner Tiefe heraus ist der Grund, daß Daumiers Karikaturen nicht vom Alltag verbraucht wurden, sondern mehr und mehr an innerer Geltung gewinnen und uns heute vielleicht Wesentlicheres sagen als seinen Zeitgenossen, die in ihnen beziehungsweise mehr

das unterhaltende Amüsement und hinter ihnen kaum den genialen Künstler erkannten. Daumier hat als erster die Karikatur monumentalisiert, hat in ihr die Möglichkeiten größter Kunst, die Form umfassenden Weltbegreifens gefunden.

Er hat oft über die Last dieses Frondienstes geklagt, denn seine Möglichkeiten waren mit der Karikatur nicht erschöpft. Man hat nachgerechnet, daß er trotz der ungeheuren Zahl von fast 5000 Lithographien und Zeichnungen bei der großen Schnelligkeit seiner Produktion genügend Zeit haben mußte, um das zu vollenden, was ihn persönlicher und wesentlicher berührte: sein malerisches Werk. Was ihn bedrückte, war die ungerechte Verteilung der Akzente, denn was wir heute als zusammengehörige Einheit erleben, war damals getrennt, der bekannte Karikaturist und der unbekanntere Maler. Für Daumier selbst war der Ausdruck als Maler das Faktum seines Weltbildes, das nur äußerlich durch die Tagesarbeit ergänzt werden mußte, für das er Rechtfertigung und Anerkennung suchte und Interesselosigkeit fand. Als man 1878 unter dem Vorstoß Victor Hugos zum Zweck materieller Unterstützung eine Kollektivausstellung veranstaltete, ließen sich aus dem Ertrag nicht einmal die Unkosten decken. Erst die Pariser Jahrhundert-Ausstellung und die Oeuvre-Ausstellung (1901) dokumentierten wirksam die Bedeutung, die Daumiers Bildern zukommt.

Die Einheit des malerischen und graphischen Werkes, das man treffend als eine Volksausgabe des ersteren bezeichnet hat, ist mühelos aus der Gleichartigkeit der Handschrift zu erkennen. Man fühlt sich eingeschaltet in den gleichen Stromkreis, in die gleiche Schärfe der Schilderung, in die gleiche Wahrheit der Seele, und der Unterschied zwischen beiden Gruppen ist nur qualitativer Art. Nicht, daß die Karikatur schlechter wäre, aber das Bild ist

für Daumier unmittelbar und erster, es arbeitet in einer anderen Dimension. Das aber heißt, daß die Bilder aus einer anderen, heroischen Anspannung entstanden. Bezeichnend dafür, daß sich die Lithographien leicht zu einer Entwicklungsreihe zusammenschließen, in der die großen Etappen des künstlerischen Fortschritts unschwer abzugrenzen sind. Im malerischen Werk dagegen ist eine Gruppierung dieser Art kaum möglich, denn schon die früh datierbaren Bilder sind von einer Genialität des Wurfs, von einer Vollendung der Gestaltung, die eine Entfaltung, ein Weiter in den späteren Arbeiten kaum ahnen lassen. Erst längerer Beschäftigung gelingt es, das innerlich Reifere als das Spätere zu bekennen und die große Formulierung zu erfassen, die sich durch die Vehemenz des frühen Vortrags gewissermaßen verschleiert. Um das genauer zu sagen: es fehlt im malerischen Werk die Stufe des eigentlichen Anfängers, dessen Graphik an die Produktion seiner Umgebung, an Grandville und Charlet erinnert; es fehlt die Stufe, die man als graphischen Kolorismus bezeichnen könnte, der mit feinsten Grau- und Schwarznuancen die Flächen bedeckt und vereinigt. Es scheint fast, als würde die folgende Epoche der Graphik Daumiers von seiner Malerei aus bestimmt, denn hier brechen sich plötzlich die Flächen in hartem Kontrast, und der Strich wird betont, der dem Kontur im Bilde entspricht. In den vierziger

Es wird geh'n

Ein Lied aus der Französischen Revolution, betitelt: Ça ira.

Was will das Proletariat?
Daß keiner zu herrschen hat.
Kein Herr soll befehlen,
Kein Knecht sei zu quälen,
Freiheit, Gleichheit allen Seelen!
Vorwärts, Brüder, zur Revolution,
Kaltes Blut, heißer Mut,
Vorwärts, es wird geh'n,
Wenn wir zusammensteh'n.

Was will das Proletariat?
Sich endlich fressen satt.
Nicht mit knurrendem Magen
Für feiste Wänste sich schlagen.
Für sich selbst was wagen!
Vorwärts, Brüder, zur Revolution,
Kaltes Blut, heißer Mut,
Vorwärts, es wird geh'n,
Wenn wir zusammensteh'n.

Was will das Proletariat?
Dem Bauer Ader und Saat.
Nicht Gutsherr, noch Gendarm,
Die machen ihn ärmer als arm.
Land für alle, Alarm, Alarm!
Vorwärts, Brüder, zur Revolution,
Kaltes Blut, heißer Mut,
Vorwärts, es wird geh'n,
Wenn wir zusammensteh'n.

Was will das Proletariat?
Weder Eigentum noch Staat.
Die Tyrannei zu Falle,
Die Erde für alle,
Den Himmel für alle.
Vorwärts, Brüder, zur Revolution,
Kaltes Blut, heißer Mut,
Vorwärts, es wird geh'n,
Wenn wir zusammensteh'n.

Klabund

Jahren steigert sich das; die Flächen lösen sich auf, werden zu Linien gesteigert, der Vortrag wird reich an Pathos und skizzenhaft aphoristisch. Im Bilde läßt sich die ähnliche Art nur erfüllen als freiere Niederschrift, als Vereinfachung der Komposition und Bereicherung der Lichtwirkung, als mühelosere Vertiefung der Form. Schließlich die letzte Höhe des Spätstils, die Jahre nach 1860, wo sich die Form nur noch in elementaren Kurven und Spiralen als äußerster Klarheit andeutet, erfüllt von Bewegtheit und doch wie geschmiedet. Dazu tritt die zwingendste Illusion der Farbe im Schwarz-Weiß, und der Pinsel malt in dieser letzten Reife so energisch und jäh und mit so selbstverständlicher Kraft des Ausdrucks, daß es scheint, als entsünde aus der Wucht unmittelbar gegenwärtiger Gegenwart wie von selbst eine ewige Haltung.

Wenn es noch eines Beweises für das Übergewicht des malerischen Werkes bedürfte, so läge er in der Tatsache, daß Daumier keine Karikaturen gemalt hat. Gewiß, auch im Bild wird das Mittel der Übertreibung, das bei Daumier sehr oft ein Mittel zur Gewinnung der wesentlichen Form ist, verwendet, allein es endet nie im Lachen, sondern in leidenschaftlichem, tragischem Ernst. Damit kommen wir zur Welt der Themen. Es fällt auf, daß Daumier einzelne Gebiete fast völlig übergeht: die Landschaft, das Stillleben, den Akt und das Selbstporträt. Begründet ist das, weil für ihn Natur gleich Leben ist, das ihn vor allem in seiner Aeußerung als Bewegung festsetzt. Leben aber ist seelische Wirk-

lichkeit, die ihm am unmittelbarsten im Menschen begegnet, und diesen Menschen, den er aufs äußerste individualisiert, sieht er vom menschheitlichen Niveau. Im Menschheitlichen erfüllt sich Daumiers sozialer Grundzug. Er steht mit diesen sozialen Themen in seiner Zeit nicht allein, auch Millet malte so, aber seine Bilder wirken vor der ungeheuren Folie eines Daumier wie klassisch angehauchte Poesie. „Das eigentlich Moderne“, eben dieses Soziale, hat Daumier als erster getroffen, „das Herz der modernen Kunst, das, was weder die Renaissance, noch die alte holländische Schule, noch die Griechen getan haben.“ Dan

Gogh, aus dessen Briefen dieses Zitat stammt, hat den Schlag dieses Herzens auch in Daumiers Kunst erlebt. Daumier malt das Soziale durch den arbeitenden Menschen, er sieht es in der höchsten geistigen Vitalität eines Porträts, er begreift es in der Furchtbarkeit des Komödianten des Rechts, denen die Menschen preisgegeben sind, in jenen Advokaten und Richtern, die aus dem Elend anderer ihre Erfolge und Eitelkeiten beziehen. Er ist hingerissen von der Barrikade und Revolution, für die er die Waffe trägt. Doch es gibt auch einen romantischen Daumier, der einen fetten Silen malt, den Sancho Panza Griechenlands, wie ihn die Goncourts nannten, und neben dem Silen stehen verfolgte Bacchantinnen, eine Auffindung des Oedipus, Motive aus der klassischen französischen Literatur, die Müller-Geschichten aus den Fabeln von La Fontaine, der eingebildete Kranke von Molière. Ein anderer Themenkreis gruppiert sich um das Motiv des Schauens. Es ist der Zuschauer im Theater, der Betrachter der Kunst, die subtilere Art des Sehens, die wartende oder reisende Menschen besitzen, die unbewußt in sich selbst hineinzusehen oder zu horchen scheinen. Doch auch diejenigen, die gesehen werden wollen, gehören in diese Gruppe, die Komödianten, die Marktschreier und Seiltänzer, und nur sich selbst will Daumier nicht malen. Die außerordentliche Betonung des Optischen beweist nicht nur, daß Daumier ein leidenschaftlicher Beobachter war, sondern ebenso, daß er selbst gesehen werden wollte, nicht er als Person, aber Daumier als Werk. Er empfand zu allgemein sozial, um an der Selbstdarstellung egozentrisch interessiert zu sein. Viele dieser Themen sind nicht einmaliger Vorwurf, sondern beschäftigen ihn wieder und wieder. Man könnte beinahe sagen, daß die Quantität der Bilder eines Vorwurfs der Wichtigkeit des Themas für die Person entspreche. Wenn das zutrifft, so steht in der Mitte von Daumiers Gestaltung das Thema Don Quixotte und Sancho Panza, das er mehr als dreißigmal gezeichnet und gemalt hat. Daumier war für diesen Stoff wie geschaffen; es spricht etwas Schicksalhaftes aus der Notwendigkeit zu diesem Don Quixotte und

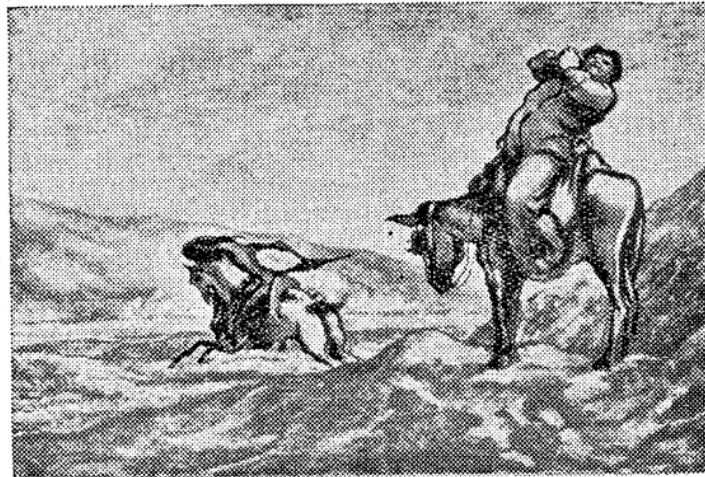
Sancho Panza, von denen man gesagt hat, daß sie wie Faust und Mephisto nur die zwei Seiten einer einzigen Gestalt bedeuten. Was ihn trifft, ist nicht zuletzt die aufrechte Heldenhaftigkeit dieser traurigen Gestalt, die ihre großen Träume trotz allem träumt; die komische Figur ist und doch in diesem Lächerlichen etwas vom Lachen des wahnsinnigen Lear besitzt. Und neben ihm Panza, der Schmerzbauch, die satte horizontale, Schlafen und Essen, ein Mensch sowohl vernünftig als gut verdaugend. Unter Daumiers Pinsel verdichtet sich das alles zum symbolischen Gehalt. Dieser ungeheure Realist der Idee schafft erst eigentlich den bildhaften Typus und erfüllt ihn mit der Kraft seines gewaltigen Pathos und der Eindeutigkeit monumentaler Geste, die wesensmäßig der künstlerischen Aeußerung Daumiers eignen. Diese selbe Kraft hat sich in seltenen Werken auf religiösem Boden entladen, an der Gestalt Christi, die man in einem Saken zu Grabe trägt, an Christus im Kreise der Jünger, an einem Ecce homo, der vor dem Volksgeheil steht. Es sind Bilder, die in das Reich des späten Rembrandt gehören, Verkörperungen von einer Tiefe, die in moderner Kunst nur noch van Gogh erreicht hat. Solche Bilder entstehen nicht vor der Natur. Tatsächlich hat Daumier seit etwa 1830 nur aus dem Gedächtnis gemalt und gezeichnet.

Gehen wir kurz auf den Arbeitsvorgang ein. Daumier malte meistens abends oder nachts. Er sieht das Dynamische des Vorgangs, das elementare Motiv der Bewegung, die sich in einem mittelangelesken Kontur sammelt. Alle Einzelheiten ent-

fallen; alles Wesentliche wird aus Flächen modelliert. Ein paar Flecken und Kurven gestalten sich zu Umrissen und zu räumlichem Eindruck von zwingender Kraft. Es ist die Abstraktion, die die Illusion nächster Wirklichkeit erzeugt. Hinzutritt die Farbe, eine Palette aus Tönen von Grau und Braun, die sich zu feinsten Koloristik vermischen. Dazwischen liegt dann und wann eine lokale Farbe, in ihrem Wesen erfasst als notwendiger Bestandteil der darzustellenden Idee. Noch etwas: die Arbeit am Motiv, wenn das Thema feststeht. Fast immer beginnt er im Breitformat und mit erläuternden Details. Es folgt ein Prozeß der Verdichtung, inhalt-

lich und auf das letztlich Notwendige, formal auf äußerste plastische Konzentration. Das Hochformat ist für den Endzustand solcher Kompositionen typisch.

Wir umgehen die Frage nach der künstlerischen Herkunft; denn sie würde ablenken auf ein Kernproblem der französischen Kunst, auf das Problem der Tradition. Daumier steht in einem Verhältnis innerer Wahlverwandtschaft zur Literatur und Malerei des 17. Jahrhunderts, in dem er stilistisch wurzelt. Es ist eine außerordentlich selbständige und lebendige Beziehung, weit entfernt von Historizismus und Restauration. Mögen die Lithographen seiner Umgebung und die verbreiteten Blätter von Rowlandson auf den graphischen Frühstil eingewirkt haben, hinter Daumiers malerischem Werk stehen Rembrandt, Rubens und Jordaens, zu denen er sich als gleichartiger Künstler gestellt. Delacroix, der



Don Quixote



Dolce far niente

selbst ein großer Zeichner war, wußte, was er tat, als er Daumiers Zeichnungen kopierte. Daselbe ist von Daubigny überliefert, und immer deutlicher werden der Forschung die Einwirkungen, die Millet von ihm empfing.

Artikel und Abbildungen sind dem „Kunstwart“ entnommen.

Sür die Frauen

Organisation und Familie

Die Zeiten haben sich auch für die Frau gründlich geändert. Ihr Wirkungskreis ist heute ein anderer als vor fünfzig Jahren, auch wenn sie noch so sehr an die Hauswirtschaft gebunden ist und ihre Tätigkeit hauptsächlich in diese fällt. Fast jedes Mädchen ist bis zur Verheiratung zum Erwerb gezwungen, und auch in der Ehe ist heute mehr oder weniger jede kleine Beamtenfrau sowie jede Frau des Arbeiters und unteren Angestellten zur Mitarbeit in der einen oder anderen Form genötigt, denn die Gehälter und Löhne sind derart niedrig, daß größere Anschaffungen nicht gemacht werden können. An Sparen kann überhaupt nicht gedacht werden. Diese Teilnahme der Frau am Erwerbsleben, häufig in Verbindung der Hausarbeit mit der Erwerbsarbeit hat zur natürlichen Folge, daß die Frau über Wirtschafts- und Organisationsfragen eine ganz andere Auffassung bekommt. Sie steht den großen Kämpfen, die sich zwischen Kapital und Arbeit abspielen, nicht mehr gleichgültig gegenüber, da sie selbst Mitbeteiligte und Ausgebeutete ist.

Und dennoch hält es so schwer, die Frauen zu überzeugen, daß die Organisation eine Notwendigkeit ist. Sehr viele Frauen wollen durchaus nicht begreifen, daß ihr Mann organisiert sein muß. Allenfalls will man es noch gelten lassen, daß sich der Arbeiter gewerkschaftlich oder politisch organisiert, aber der Beamte — nein, das geht nicht, darunter leidet das Ansehen. Eine solche Auffassung ist natürlich ganz falsch, und die Frau, die die Augen ein wenig offen hält und die wirtschaftlichen Kämpfe ein klein wenig verfolgt, wird schon längst die Feststellung gemacht haben, daß die Berufe am besten entlohnt werden, die am stärksten organisiert sind. Denn nur im gemeinsamen Ringen können bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen werden. Aber selbst, wenn die Frauen grundsätzlich die Berechtigung und den Wert der Organisation anerkennen, stoßen sie sich oft an der Höhe der Beiträge. Sie rechnen aus, was man dafür hätte kaufen können, wieder ein Stück in die Wirtschaft oder etwas zum Lebensunterhalt. Das ist die Politik auf kurze Sicht. Damit verhält es sich genau so, als wenn ein Beamter sich auf den Standpunkt stellt: heute stehe ich ja noch im Dienst, ob ich morgen abgebaut werde, ist mir gleichgültig. Oder wenn ein Arbeiter sagt: heute werde ich noch drauflosarbeiten, wenn der Akkordpreis morgen gekürzt wird, höre ich auf, mein Nachfolger mag sehen, wie er zurechtkommt. Aber nicht einmal bei ganz nüchterner Berechnung erweist sich diese Sparsamkeit am Beitrag als richtig. Wird durch die Rührigkeit der Gewerkschaft nur eine einzige Lohn- oder Gehaltserhöhung erkämpft, dann ist der Verbandsbeitrag in kurzer Zeit zehnfach aufgewogen.

Nun sehen manche Frauen es in bedauernswerter Kurzsichtigkeit sogar lieber, wenn ihr Mann einem Kegeklub angehört oder wöchentlich ein- oder zweimal zum Skatabend geht, als wenn er die Versammlung seiner Berufsorganisation aufsucht. Andere wiederum halten es für überflüssig, sich darum zu kümmern, welche geistigen Interessen ihr Mann verfolgt. Sie meinen, sie hätten keine Zeit dazu, und es sei allein Sache des Mannes, geistige Interessen zu haben.

Wie verkehrt eine derartige Ansicht ist, könnte an Hunderten von Beispielen gezeigt werden. Es genügt, hier darauf hinzuweisen, daß so kaum das erspriechliche und verträgliche Zusammenleben im Familienkreis herbeigeführt werden kann, das gerade von den Frauen am sehnlichsten gewünscht wird. Niemand täusche sich darüber hinweg, daß das übereinstimmende geistige Interesse das stärkste Band ist, das eine Familie zusammenhält. Es gibt nichts, was Frau und Mann enger zusammenführt. Keine Ehe ist so vollkommen, daß niemals Meinungsverschiedenheiten entstehen können, aber diese sind weniger hart und lassen sich viel leichter ausgleichen, wenn das geistige Band stark ist und Mann und Frau gleiche Ziele verfolgen.

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß der Abend in der Familie mit Debatten über Politik und gewerkschaftliche Organisationsfragen ausgefüllt werden soll. Das würde niemand behagen. Es handelt sich hier in erster Linie darum, Verständnis zu gewinnen, das gegenseitige Einvernehmen herzustellen, vor allen Dingen sich geistig näher zu kommen. Von großer Bedeutung ist diese geistige Annäherung, aber auch der Ausgleich zwischen anders gearteten Weltanschauungen. Die Frau muß wissen, daß die Arbeit des Mannes in der Organisation eine Notwendigkeit ist zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wovon nicht nur die

eigene Familie Nutzen hat, sondern die Arbeiterschaft überhaupt. Ist diese Erkenntnis vorhanden, dann erscheint ihr so mancher Schritt und auch so manche Ausgabe nicht überflüssig. Vor allen Dingen geschwindet dann das Mißtrauen, mit dem so viele Eheleute sich gegenseitig begleiten. Bei wirklichem geistigen und seelischen Verständnis kann dieses Mißtrauen keine Wurzeln fassen.

Nun gibt es aber noch genug Männer, die der Meinung sind, daß es die Frau nichts angeht, welche Auffassung man politisch und gewerkschaftlich vertritt. Und fragt die Frau, so folgt der klassische Ausspruch: „Das verstehst du doch nicht!“ Das wird sich die Frau nicht offen sagen lassen. Ist sie geistig interessiert genug, dann wird sie sich selbst um derartige Dinge kümmern und dem Mann bald beweisen, daß sie von den Dingen ebensoviele, vielleicht sogar mehr als er versteht. In der Regel beruht es immer auf Gegenseitigkeit, ob beide die geistige Annäherung gefunden haben oder nicht. Klugheit und Geschicklichkeit können auch hier manche Hindernisse und zeitweilige Verstimmungen, die das geistige Band zu zerreißen suchen, hinwegräumen. Schließlich hängt die Verträglichkeit im Zusammenleben, das gegenseitige Ersehen und Ergängen nur davon ab, wie man zu leben versteht. Es ist nicht immer leicht, auf alle Wünsche und Ansichten einzugehen, aber eine falsche Auffassung wird viel leichter dadurch als ein Irrtum festgestellt, wenn man auf sie eingeht, als wenn man sie von vornherein als irrsinnig ablehnt. Das fordert nur den Widerstand heraus. So gesehen, bekommt das Familienleben einen ganz anderen Inhalt. Da erscheint dann das Organisieren nicht mehr als überflüssig und die geringe Ausgabe für Beiträge nicht mehr übermäßig hoch, sondern als Notwendigkeit, der sich niemand entziehen kann, der zu der großen Armee der Arbeitnehmer gehört.

E. W. Neumann.

Eine Waschfrau leistet soviel wie ein Holzfäller. In der „Arbeit“, der Monatschrift des ADGB, werden in der „Rundschau“ die Ergebnisse der Arbeitswissenschaft von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Diese Uebersichten sind sehr aufschlußreich. Im Januarheft wird u. a. eine Zusammenstellung über die Beziehungen zwischen der Arbeit und dem Energieverbrauch gebracht. Der Energieverbrauch in je einer Stunde ist gegenüber rein statischer Arbeit (des Müßiggängers) erhöht: bei dem Holzfäller um 160 Proz., bei der Waschfrau um 159 Proz., beim Holzläger um 156 Proz., beim Steinhauer um 126 Proz., bei der Dienstinne um 117 Proz., beim Stubenmädchen um 87 Proz., beim Schreiner um 68 Proz., beim Schuster um 39 Proz., bei der Maschinenschreiberin um 24 Proz. usw. Man ersieht hieraus, daß eine Waschfrau in der Arbeitsleistung einem Holzfäller gleichzustellen ist. Die Arbeit einer solchen Frau wird in der Regel nicht sehr hoch bewertet. Und doch sollte man den Hut abziehen für die stillen Leistungen, die von Tausenden und aber Tausenden solcher Frauen vollbracht werden. Auch die Arbeiterfrau selbst, die im Haushalt tätig ist, hat vielfach einen weit höheren Energieverbrauch als selbst die in Arbeit stehenden Männer. Ganz zu schweigen von der großen Zahl von Müßiggängern, die ihr Leben ohne Arbeit verbringen können.

Betriebsräte

Winke für Betriebsräte. Kollege Me. schreibt uns u. a.: Aufgabe der Betriebsräte ist, Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und Einfluß auf Betriebsführung und Betriebsleistung. Beides geschieht entweder durch persönliche Rücksprache mit der Betriebsleitung oder in besonders anberaumten Sitzungen des Betriebsrats mit der Betriebsleitung. Wenn hier nun einzelne Ratsschlüsse oder Hinweise gegeben werden, so geschieht es aus den Gründen heraus, daß durch eine jahrelange eigene Tätigkeit und aufmerksame Beobachtung manche Erfahrungen gesammelt werden konnten. Voraussetzung ist, daß die Arbeitnehmer nur solche Kollegen in den Betriebsrat wählen, die den Kern der Sache erfassen und den Willen haben, sich damit auch zu beschäftigen. Wichtig ist ferner, daß wenn auch nicht alle Betriebsratsmitglieder, so doch wenigstens der Vorsitzende rednerisch befähigt ist und stets ruhig und sachlich bleibt, außerdem das bestmögliche Fingerpißengedühl bezeichnet. Mit der Redelust der Betriebsratsmitglieder habe ich aus eigener Erfahrung heraus Situationen erlebt, bei denen die Verwaltung sich lächelnd die Hände rieb und wir wie betäubte Lohgerber dafußten. Einmal war es so, daß der Vorsitzende nach links zog und ein Kollege plötzlich nach rechts, obwohl in der wichtigen Vorbereitungsphase der Betriebsrat vollkommen einig war über den einzuschlagenden Weg. Ergibt sich während der Verhandlung eine Situation von Bedeutung, so soll der Betriebsratsvorsitzende ruhig die Sitzung unterbrechen und der Betriebsrat soll unter sich die neue Möglichkeit erörtern. Ein Fehler, der in der Vorbereitungsphase des Betriebsrates immer wieder auftaucht, ist der,

daß man sich viel zu viel mit den Worten beschäftigt, die man in der Sitzung selbst sagen will. Viel wichtiger ist, sich darüber zu unterhalten, was die Verwaltung zu sagen hat. Hier gilt es, Material zu sammeln. Was der Gegner einwenden wird, muß man zum mindesten ahnen und die Antwort bereithaben. Material findet man in Hülle und Fülle in unserer „Gewerkschaft“ und in der Tagespresse. Der Gegner kapituliert am leichtesten, wenn man ihm etwas schwarz auf weiß zeigen kann, was nicht in der „von vornherein parteiisch eingestellten Arbeiterzeitung“ gestanden hat. Torheit ist es in allen Fällen, sich nun auf den Standpunkt zu stellen, wir sagen so und so, und davon gehen wir nicht ab, gleich und egal, was die Verwaltung sagt. Nein, umgekehrt rechnen und dann doch zum Ziele kommen bürgt für den Erfolg. Allgemein überschätzt man die Schwierigkeit, die darin liegt, daß eine Betriebsverwaltung nicht selbständig entscheiden kann, sondern sich immer hinter eine noch höhere Stelle verschütten kann. Zugegeben, daß diese Schwierigkeit oft besteht und ausgenützt wird, so besteht aber auch hier kein Grund, mutlos zu werden. Gewöhnlich sind es Betriebsleitungen, die von der Pike auf als Beamter gebildet haben und meistens obendrein noch schlechte Verhändler sind. Sie haben entweder gar keine Meinung, oder sagen nur ja oder nein. Hier muß man verstehen sich durchzusetzen auf Grund seiner Sachkenntnis. Ist es nur wenige Male gelungen, diese noch höheren Stellen von der Richtigkeit unserer Meinungen zu überzeugen, so bekommt man bei dem nötigen Fingerspitzengefühl bald heraus, wie die Betriebsleitung anzupacken ist. Entweder erkennt die Verwaltung unsere Vorschläge an, weil wir einfach recht haben und die ganze Sitzung bleibt reine Betriebsangelegenheit, was ohne weiteres möglich ist, oder aber die Verwaltung lernt, den höheren Stellen gegenüber ihre Stellungnahme zu vertreten. Irgendein Weg findet sich immer, der uns einen Schritt näher zum Ziele bringt, man muß ihn nur finden können. Noch ein Fehler soll nicht unerwähnt bleiben, der sehr oft gemacht wird und der sehr leicht gefährlich werden kann, wenn er es auch nicht immer sein muß. Soll eine Sitzung mit der Verwaltung stattfinden, so ist die Tagesordnung frühzeitig genug bekanntzugeben. Gewöhnlich ist dann die Verwaltung auch etwas neugierig und mit mehr oder weniger Erfolg versucht sie dann, nähere Einzelheiten über die Stellung des Betriebsrates in der kommenden Verhandlung zu erfahren. Hier liegt eine Klippe, bei der jedes Betriebsratsmitglied äußerst vorsichtig sein sollte. Zu verurteilen aber ist es, wenn sogar der Vorsitzende sich dazu verleiten läßt, nun rein persönliche Verhandlungen einzugehen, ehe die gemeinsame Sitzung stattfindet. Gibt die Verwaltung ihm dabei eine ablehnende Erklärung zu den Anträgen ab, so wird es auch dem geschicktesten Taktiker des Betriebsrates in der Sitzung selbst schwer fallen, die Verwaltung wieder umzustimmen, aus dem einfachen Grunde, weil hierbei Prestige Gründe mitsprechen. Wenn viele Angelegenheiten auch durch eine persönliche Rücksprache aus der Welt geschafft werden können, so heißt es doch, bei bereits festgelegter Sitzung dieser nicht durch persönliche „Unterhaltung“ vorzugreifen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß etwas wie Zukunftsarbeit in dem Gees erkannt wird, daß man es zumindest auch ziemlich gut kennen und ein reichlich Maß von Wissen aneignen muß, wenn man erfolgreich an der Erreichung des Zieles arbeiten will. All die angeführten Kleinigkeiten sind aus der Praxis, und sie sollen dazu dienen, daß der Betriebsrat sich nicht nur einseitig für die Interessen seiner Betriebskollegen ins Zeug legt, sondern daß er darüber hinaus sich die Möglichkeit nicht entgehen läßt, sich hier das Wirtschaftswissen praktisch anzueignen, das in der Revolutionszeit die Sozialisierung scheitern ließ. Hier führen nur Beharrlichkeit und Fähigkeit zum Ziel. Betriebsräte und Gewerkschaften bilden den Grundpfeiler, auf dem einmal das neue Gebäude ruhen soll me.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Der erste Geschäftsbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, der nunmehr vorliegt, ermöglicht einen aufschlußreichen Einblick in die Tätigkeit der Anstalt. Das erste Geschäftsjahr umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928. Die Zahl der Versicherten betrug Ende September 1928 rund 16,5 Millionen gegen 16 Millionen im Oktober 1927, so daß sich also der Versichertenbestand um eine halbe Million vermehrt hat. Während des Jahres war der Versichertenbestand starken Schwankungen unterworfen. Die wirtschaftliche Lage, die Verbesserungen sowohl wie die Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades beeinflussten den Stand der Versichertenzahl erheblich. Im Februar hatte die Reichsanstalt den niedrigsten Bestand an Versicherten innerhalb des ersten Geschäftsjahres, nämlich 14,8 Millionen. Dann stieg die Versichertenzahl im Laufe des Jahres wieder langsam an. — Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung war ebenfalls im Laufe des Jahres starken Schwankungen unterworfen. Sie betrug im Durchschnitt des Jahres 777 000 und erreichte ihren Höchststand mit 1 297 497 Unterstützten im Dezember 1927. In der Krisenfürsorge betrug der Monatsdurchschnitt 147 000. Die Zahl der Familienzuschlaageempfänger stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 1 017 331. Der monatliche Durchschnitt der Notstandsarbeiter in der Arbeits-

losenversicherung betrug 51 112, in der Krisenunterstützung 15 664. — Die Gesamtausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrugen im ersten Geschäftsjahr 843 Millionen Mark. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung bezifferten sich auf 726 Millionen, für Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit wurden 36 Millionen ausgegeben. Der Aufwand für die Krisenunterstützung stellte sich auf 138 Millionen Mark. — Dieser erste Bericht der Reichsanstalt läßt den Aufgabenkreis dieser Einrichtung deutlich erkennen. Die trockenen Zahlen besagen gewiß nicht viel, und doch wird man sich merken müssen, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Arbeitslosenversicherung trotz der ihr noch anhaftenden Mängel ein gewaltiger Schritt nach vorwärts war. Der erste Bericht umfaßt eine Zeit, wo die deutsche Wirtschaft eine im Vergleich zu den Vorjahren noch günstige Konjunktur hatte. Mit zunehmender Verschlechterung des Arbeitsgrades wächst das Aufgabengebiet. Auch in der Zeit nach dem Abschluß des Berichtes, seit Oktober 1928, ist eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades eingetreten. II.

Landstraßenwärter

Wesfensels. Am 7. und 8. Januar fand im Volkshaus eine Konferenz der Landstraßenwärter und der bei den Landesbauämtern Beschäftigten statt. Gauleiter U h d e gab einen Überblick über die Tätigkeit der Organisation im vergangenen Jahre und wies insbesondere auch auf die Erfolge für die Straßenwärter hin. Das jetzt gekündigte Lohnabkommen werde Gelegenheit geben, sich weiter für diese Gruppen von Arbeitnehmern einzusetzen. Zukunftsaufgabe ist es auch, den Rentenzuschuß weiter auszubauen. Verschiedene Wünsche an die Adresse der Betriebsräte, wurden von dem Vorsitzenden Kollegen L e i n o sachgemäß behandelt. Die ausgiebige Diskussion zeugte von einem guten Geist unter den Kollegen und wird auch die Bewegung unter den Landstraßenwärttern weiter vorwärts treiben.

Aus unserer Bewegung

Aachen. In der gut besuchten Generalversammlung am 25. Januar gab Kollege M ü l l e r den Jahres- und Kassenbericht. Er behandelte zunächst die Wirtschaftslage des verfloffenen Jahres; wies einen stetigen Aufstieg der Gewerkschaften im allgemeinen und unserer Organisation im besonderen im Jahre 1928 nach. Die Ortsverwaltung Aachen hat einen Mitgliederzuwachs von 185 zu verzeichnen. Die Kassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. In den Vorstand wurden nachstehende Kollegen gewählt: S c h i f f g e n s, 1. Vorsitzender, F e l k e, 2. Vorsitzender, M ü l l e r, Kassierer, und M i c h e l s, Schriftführer.

Alzen. In der sehr gut besuchten Generalversammlung der Filiale I am 14. Januar gab Kollege Baden den Geschäftsbericht, aus dem eine gute Entwicklung unserer Organisation zu ersehen war. Die auch im vergangenen Jahr vielfach geleistete Kleinarbeit der Filiale darf nicht zu niedrig eingeschätzt werden, denn sie ist die Grundlage, auf der sich alles andere aufbaut. Nach Erledigung einer Streitfrage, die aus der Höhe der Beiträge entstanden ist, wurden folgende Kollegen in die Filialeitung gewählt: Baden, Enders, Amend, Schneider.

Angerburg (Ostpreußen). In der Generalversammlung am 13. Januar 1929 gab Kollege Neumann den Jahres- und Kassenbericht. Unser Mitgliederbestand ist im Jahre 1929 von 50 auf 75 gestiegen. Kollege Neumann gab Aufschluß über die beabsichtigte Einführung einer Invalidenversicherung. Die Neuwahl der Filialeitung betraute die Kollegen Neumann, T i e s z und T h i e l.

Bielefeld. In der Generalversammlung am 17. Januar gab Kollege Reuter den Jahresbericht. Soweit Tarifverhandlungen im Laufe des Berichtsjahres für die Gemeindebetriebe geführt werden mußten, hatte man immer versucht, den berechtigten Wünschen der Mitglieder nachzukommen. In der Arbeitszeit sind Verhandlungen geführt worden, um endlich die achtstündige Arbeitszeit in den kommunalen Betrieben durchzuführen. Da die Arbeitgeber zu einem Lohnausgleich nicht zu bewegen waren und bei den Schlichtungsstellen eine Aussicht auf eine günstigere Regelung der Lohnfrage nicht bestand, kam eine Vereinbarung zustande, wonach der Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober wieder in Kraft gesetzt wurde mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit am 30. April 1929 automatisch abläuft und die achtstündige Arbeitszeit durchgeführt werden soll. In der Lohnfrage ist mit Wirkung vom 1. Mai 1928 ein Erfolg zu verzeichnen. Die Spitzenlöhne der Gemeindearbeiter wurden um 7 Pf. erhöht. Der Arbeitgeberverband nimmt in der Frage der Arbeitszeit für die Verkehrsbetriebe eine Stellung ein, die von uns unter keinen Umständen gebilligt werden kann. Auch die Reichs- und Staatsarbeiter leiden unter den allzu niedrigen Löhnen, die hoffentlich bei den kommenden Verhandlungen eine Besserung erfahren. In der Agitation hat die Ortsverwaltung Wert darauf gelegt, mit

allen Betrieben und Abteilungen eine enge Verbindung herzustellen. In 16 Betrieben sind 44 Betriebsräte, 54 Vertrauensleute und 30 Unterkassierer tätig. Mit im Vordergrund der Tätigkeit stand die Bildungsfrage. Die Ortsverwaltung hat sich bemüht, im Berichtsjahr die verschiedensten Arbeitsgebiete neu zu belichten. Wenn trotz vieler Mühe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Tarife noch nicht so sind, wie wir das wünschen, dann ist an die Schwierigkeiten zu erinnern, die sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet den Maßnahmen des Verbandes immer wieder entgegenstellen. In der Diskussion wurde im allgemeinen die Arbeit der Ortsverwaltung anerkannt. Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Lokalkasse eine Einnahme einschließlich des Kassenbestandes vom dritten Quartal von 29264,31 Mk., eine Ausgabe von 6017,78 Mk. hat, so daß ein Lokalkassenbestand von 23246,53 Mk. vorhanden ist. Zu der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde beschlossen, die bisherigen Verwaltungsmitglieder wieder zu wählen. Für den leider so früh aus unserer Mitte gerissenen Kollegen Nachwey wurde der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Kollege Eickelmann gewählt, so daß die Ortsverwaltung aus folgenden Kollegen besteht: Wittler, Lotte, Schwentker, Krause, Esmiol, Eickelmann und Schreiber.

Düsseldorf. In der ersten Delegiertenversammlung am 25. Januar, die entsprechend dem Verbandstagsbeschuß die Arbeit der Generalversammlung zu erledigen hat, gab Kollege Hoffmann den Kassen- und Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres bei den buchmäßigen Mitgliedern um 153 und bei den zahlenden um 137 gesteigert. Kollege Hoffmann legte dann das Zusammenarbeiten der Arbeitgeberverbände der Schwerindustrie mit den Arbeitgeberverbänden der öffentlichen Betriebe klar. Gemeinsam haben diese Verbände auch im Jahre 1928 versucht, das Bestreben der Organisation nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen niederzuhalten. Trotz dieser Schwierigkeiten sind viele Nachteile abgewehrt und Vorteile für die Kollegen durchgesetzt worden. Die Arbeitgeber der öffentlichen Betriebe standen in ihren Forderungen den Arbeitgebern der Privatindustrie nicht nach; das ging schon daraus hervor, daß man verlangte, die Arbeitszeit für die Theaterbetriebe auf 60 Stunden die Woche festzulegen. Während des Hafnarbeiterstreiks seien Kollegen, die 20—25 Jahre im Dienst gestanden haben, deshalb fristlos entlassen worden, weil sie es ablehnten, mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten. Durch Eingreifen der Organisation sei es gelungen, nach Beendigung des Streiks diese Kollegen wieder auf ihren alten Arbeitsplatz mit ihren alten Rechten zurückzubringen. Dieses seien nur einige Beispiele, von denen man noch mehrere anführen könnte. Die Kollegenschaft müsse aus diesem Vorgehen der Arbeitgeber die Lehre ziehen und sich der Organisation anschließen. Darüber hinaus hat jeder seine politischen Verpflichtungen zu erfüllen. Gerade das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes in Leipzig bezüglich des Nordwestkampfes zeige, daß es heute mehr als bisher darauf ankomme, sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Hoffmann wies weiter auf die Arbeiten in kommunalpolitischer Beziehung hin und streifte das Bestehen unserer kommunalpolitischen Abteilung in der Hauptverwaltung. Die Arbeit dieser kommunalpolitischen Abteilung sei sowohl für die Beschäftigten der öffentlichen Betriebe wie auch für die breite Öffentlichkeit außerordentlich bedeutungsvoll. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Hassel, Gilbeau, Hoffmann, Scheibel, Förster, Hergaden, Nelte und Klingensiehl.

Fürth. In der Generalversammlung vom 7. Januar 1929 wurde vom Filialvorstand der Jahresbericht gegeben, aus dem eine gute Entwicklung der Filiale festzustellen war. Der Mitgliederstand ist um 86 Kollegen gestiegen. Auch die Kassenführung wurde lobenswert anerkannt. Die alte Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Gauleiter Kemmer hielt ein Referat über das Jahr 1928.

Halle. In der Generalversammlung der Kammereibetriebe am 16. Januar berichtete Kollege Sailer über die Arbeit im vergangenen Jahre. Die wirtschaftlichen Kämpfe an der Ruhr und in Hamburg mahnen uns, nach wie vor auf dem Posten zu sein, denn auch wir werden im Frühjahr die Einstellung der Arbeitgeber kennenlernen. Begrüßenswert ist der Ausbau unserer Presse. Die Sektionsleitung wurde wiedergewählt.

Kassel. In der überaus gut besuchten Generalversammlung am 24. Januar setzte eine besonders lebhaft ausgeführte Diskussion über die Einführung der Invalidenunterstützungseinrichtung. Zum Schluß konnte jedoch festgestellt werden, daß die Einführung dieser Unterstützungseinrichtung den Wünschen der Mehrzahl der Kollegen Rechnung trägt. Kollege Fehr gab den Bericht vom Geschäftsjahr 1928, wobei allerdings hervorzuheben ist, daß die Filiale Kassel ihren Mitgliederstand während des Jahres 1928 von 1371 auf 1665 erhöhen konnte, also die Mitgliederzahl um rund 294 gesteigert wurde. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab die Wiederwahl der alten Kollegen, bis auf die auscheidenden Kollegen Markgraf und Butte, an deren Stelle die Kollegen Stieglitz und Herbold gewählt wurden.

Ludwigshafen a. Rh. Zu der gut besuchten Generalversammlung war Bezirksleiter Kollege Lund erschienen, um die Wache eines Verbandsbanners vorzunehmen. Nach einer schönen Weiherede, bei der sich die Anwesenden spontan erhoben, klang es wie ein Schwur: „Wir halten fest am Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, durch Kampf zum Sieg. Dem Banner die Treue und uns das Recht!“ Kollege Will gab dann den Geschäftsbericht, wonach die Filiale nahezu 1000 Mitglieder zählt, bei einem Lokalkassenbestand von 6000 Mark. Er schilderte die Tätigkeit innerhalb der Filiale, wie auch im Gesamtverband. Ueber die Einführung eines Lokalbeitrages referierte Kollege Hofmann. Die Geschäftsführung der Filiale erfordere nunmehr die Anstellung eines Ortsbeamten, wozu aber die Einführung eines Lokalbeitrages unerlässlich sei; er beantragte die Genehmigung eines solchen. Nach einer gründlichen Diskussion wurde die Einführung eines Lokalbeitrages erst ab 1. April 1929 genehmigt. Die alte Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Es sind die Kollegen Will, Schlatter, Humm, Wagner und Keilbach.

München. Am 17. Januar fand die Generalversammlung statt, in der Kollege Erhart den Geschäftsbericht gab, dem er einen Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse des Jahres 1928 in wirtschaftlicher, politischer, gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht vorausschickte. Im Rahmen dieser großen Bewegungslinien mußte die Arbeit im Gesamtverbande und am Orte geleistet werden. Im Mittelpunkt des mannigfachen Aufgabengebietes stand die Lohn- und Tarifpolitik. Bei den Verhandlungen über die bestehenden Zusatzbestimmungen konnten nicht nur die geplanten Verschlechterungen der Gegenseite abgewehrt, sondern darüber hinaus da und dort Verbesserungen erzielt werden. Dasselbe kann über die Erneuerung der Tarifverträge für das technische Personal der Privattheater, Deutsches Theater, Abendpersonal der Privat- und Staatstheater, Schulhauspußfrauen und die bayerischen Staatsgärten gesagt werden. Wegen Anwendung der A3D0 wird für die Arbeiter in den bayerischen Staatsgärten ein Rechtsstreit geführt, mit dem sich bereits Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht München beschäftigt haben und der ob seiner prinzipiellen Bedeutung beim Reichsarbeitsgericht anhängig ist. Trotzdem die durchgesetzten Lohnhöhungen für alle Gruppen ein Plus bedeuten, können wir uns mit dem Erfolg um deswillen nicht zufrieden geben, weil die Löhne an sich den Lebensbedürfnissen nicht gerecht werden. Am 21. April 1928 hat die Ortsverwaltung ein eigenes Ferienheim in Kochel am See käuflich erworben und damit einen großen kulturellen Vorstoß gewagt. Obgleich sich das Heim erfreulicherweise als zu klein erwiesen hat und bereits haultage Erweiterungen notwendig macht, ist ein abschließendes Urteil noch nicht erlaubt. Als neuer Zweig des Verbandes ist der am 13. Juli 1928 gegründete Sportverein zu betrachten, der dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund angeschlossen ist und dessen bisherige Entwicklung insbesondere in sportlicher Hinsicht außerordentlich befriedigt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es im verflossenen Jahr nach innen und außen vorwärts und aufwärts gegangen ist. Kollege Bosl gab den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß sowohl die Mitgliederzahl, die auf 5619 gestiegen ist, wie auch die Finanzen gestiegen sind. Den Gesamteinnahmen von 204838,25 Mk. standen an Ausgaben gegenüber 193707,01 Mk., so daß sich eine Vermögenzunahme von 11131,24 Mk. ergibt. Nach einer ebenso umfangreichen wie sachlichen Diskussion fand die Wahl des Filialvorstandes statt. Einstimmig wiedergewählt wurde als 1. Vorsitzender Erhart, als Kassierer Bosl, die Kollegen Geschrei, Walther, Treßl, Kurländer, Moser Anton, Kögel, Wagner, Brückner, Stelzl als Beisitzer.

Ratibor. In der gut besuchten Generalversammlung am 20. Januar war aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Niewiadomsky zu entnehmen, daß die Filiale sich gut entwickelt. Der Mitgliederstand hat sich auf 260 erhöht, der Filialkassenbestand beträgt 500 Mk. Die Notwendigkeit einer guten, festgefühten Organisation hat sich auch im vergangenen Jahre wieder gezeigt. Der Bezirksarbeitsgeberverband versucht immer wieder die Tariflöhne zu schmälern und der Ausführung des RMC. aus dem Wege zu gehen. Die auch heute noch nicht mit dem Magistrat abgeschlossene Ruheordnungsfrage erfordert ein aktiveres Vorgehen. Nach einem Referat des Gauleiters Diszek über die Tätigkeit des Gesamtverbandes wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Niewiadomsky, Bindatsch und Pakk.

Rendt. In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 27. Januar gab Kollege Rebschloe den Geschäftsbericht. Darüber hinaus ging er etwas auf die Praktiken der christlichen Gewerkschaftszeitung ein, die in einem Artikel sich ganz unsachlich und entstellend mit der Arbeitszeit der städtischen Straßenreinigung und dem Fuhrpark befaßt. Die Wahl des Filialvorstandes und der Kartellbelegierten brachte keine Änderung in der jetzigen Besetzung.

Stettin. In der stark besuchten Generalversammlung am 24. Januar gab Kollege Ehret den Geschäftsbericht. Auf die Wirtschaftslage Deutschlands im allgemeinen eingehend, behandelte

er in längeren Ausführungen die besonders kraft liegenden Verhältnisse im Wirtschaftsbezirk Groß-Stettin, die auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Lage der Gemeinde- und Staatsarbeiter blieben. Die hiesige Filiale unseres Verbandes steht gefestigt da, wenn auch an verschiedenen Stellen noch kleinere Lücken vorhanden sind. Die Lohnbewegung brachte ab 1. April 1928 eine Erhöhung der Löhne von 5 bzw. 6 Pf. pro Stunde. In der gleichen Höhe bewegten sich auch die Zulagen für die Reichs- und Staatsarbeiter. Mit welchem Ergebnis die eingeleitete neue Lohnbewegung abschließen wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Neue Tarife wurden abgeschlossen für die Arbeiter der Hafenbetriebsgesellschaft und des Reihwerderhafens. — Aus dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen stets gestiegen sind. Die Zahl der buchmäßigen Mitglieder stand am Jahreschluß auf 2441. Die Einnahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 42 855,11, die Ausgaben auf 12 337 Mk. In bar gingen an die Hauptkasse 30 515,51 Mk. Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 41 714,49 Mk. bei einem Kassenbestand von 4181,69 Mk. am Jahreschluß. Dem sehr aufmerksam verfolgten Geschäftsbericht folgte eine rege Diskussion. Die Neuwahl der Ortsverwaltung wurde bis zur Durchführung des mit großer Mehrheit beschlossenen Delegiertensystems vertagt. Wirtschaftsbezirksleiter Neumann referierte über unsere ab 1. Juli 1929 in Kraft tretende Invalidenzzuschußkasse. Einleitend ging der Redner auf die Gründe ein, die unseren Verband zur Schaffung einer solchen Zuschußkasse bewegen haben. In der anschließenden Diskussion kamen Befürworter und Gegner dieser Zuschußkasse zu Worte.

Trier. In der gut besuchten Generalversammlung nahmen die Gemeinde- und Staatsarbeiter der Filiale Trier den Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes entgegen. Kollege Horn konnte nur Kurzes über die Entwicklung der Filiale Trier berichten. Die Mitgliederzahl konnte im Laufe des Jahres erheblich gesteigert werden und auch die Finanzen haben sich bedeutend gebessert. Aber auch die Lohnkämpfe, die im vergangenen Jahr geführt wurden, sind zum Vorteil der Mitglieder ausgefallen; vor allem die Lohnbewegung der Gemeindearbeiter, die eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde brachte. Nicht so günstig schnitten die Reichsarbeiter ab, deren Lohnerhöhung nur 3 Pf. betrug. In den neuen Filialvorstand wurden die Kollegen Horn, Zimmer, Mohr, Gollnich, Schillo, Krämer, Goding, Müller und Löwen gewählt. Kollege Groß von der Bezirksleitung Köln machte noch interessante Ausführungen über die Gesamtentwicklung unseres Verbandes und beleuchtete ausführlich seine Lohnpolitik.

Ulm a. d. D. In der gut besuchten Generalversammlung am 20. Januar war aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Wolf zu ersehen, welche ungeheure Arbeit die Organisation auch im vergangenen Jahre wieder im Interesse der Kollegen zu leisten hatte. Neben den Lohnverhandlungen, die den Löhnen ab 2. April um 4 Pf. und ab 1. Oktober um 2 Pf. erhöhten, waren eine ganze Reihe von Sitzungen, Konferenzen und mündlichen Verhandlungen mit den betreffenden Behörden zur Erledigung der laufenden Dinge notwendig. Die eigene Bildungsschule wurde von verschiedenen Kollegen besucht. Da im kommenden Geschäftsjahr der Bezirksarbeitsvertrag, das Lohnabkommen und der Reichsmantel-tarifvertrag ablaufen, heißt es alle Kräfte zu sammeln und anzuspinnen, um allem gewachsen zu sein. Kollege Gönner konnte im Kassenbericht auf die gute Entwicklung der Filiale hinweisen. Der Mitgliederbestand hat sich von 494 auf 526 gehoben, der Kassenbestand von 7557,27 Mk. auf 9706,26 Mk. Bei der Wahl des Filialvorstandes wurden die alten Kollegen in ihren Ämtern bestätigt. Gauleiter Böhm gab in einem kurzen Referat einen Überblick über die deutsche Wirtschaft und die Gewerkschaften. Die sachliche Diskussion wies auch noch einmal auf die Notwendigkeit der Anstellung eines Unterbezirksleiters in Ulm hin. Den Höhepunkt des Abends bildete die Uebergabe einer Ehrenurkunde des Verbandsvorstandes an den Kollegen Wolf für 25jährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Funktionär. Namens der Gauleitung und des gesamten Verbandes sprach ihm Kollege Böhm den Dank für die bisher geleistete Arbeit aus.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Ein Kartellvertrag zwischen dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Südhannover, und dem Deutschen Verkehrsbund wurde unter dem 14. Januar mit Wirkung vom 1. Februar abgeschlossen. Der Vertrag grenzt die beiderseitigen Organisationsgebiete scharf ab und bezweckt eine wirksame Interessenvertretung der Mitglieder beider Organisationen. Dem dient auch im § 3 die Festlegung der Zuständigkeit der Verbände für die einzelnen Betriebsarten und die Bestimmung im § 2 Abs. 5, wonach unwesentliche Berufspflitter von der Organisation mitvertreten werden, die für den überwiegenden Teil der Arbeiter im Betriebe zuständig ist. Der Abschluß des Vertrages beweist, daß das übliche Thema der Grenzstreitigkeiten durchaus kein unlösbares Problem ist, und die Grenzstreitigkeiten auf ein Minimum herabgedrückt werden können. Insofern dürfte der Vertrag also auch für die Gesamtgewerkschaftsbewegung nicht ohne Bedeutung sein.

Rundschau

Die Höhe des Reallohns in verschiedenen Ländern. Das Wohlf der Arbeiterklasse erfordert eine gleichmäßige Entwicklung des Reallohns in den miteinander konkurrierenden Industrieländern. Wenn auch die Löhne in allen Ländern aus den verschiedensten Gründen nicht gleich hoch sein können, so ist es doch auf die Dauer ein großer Schaden, wenn einzelne dauernd zurückstehen und infolge niedriger Löhne Dumping zu treiben vermögen. Es ist deshalb ein lobenswerter Versuch des Internationalen Arbeitsamtes, durch die Veröffentlichung einer Statistik die Höhe der Reallohne vergleichsweise festzustellen. Der Reallohn entwickelt sich in den einzelnen Ländern folgendermaßen (Cordoner Reallohn von 1924 = 100, Umrechnung der Nominallohne nach dem Index der Nahrungsmittelpreise):

	1924	1925	1926	1927	1928		
	Juli				Januar	April	Juli
Amsterdam	89	83	92	92	84	90	88
Berlin	55	63	70	71	68	75	77
Brüssel	59	54	48	50	47	52	57
London	100	99	102	106	103	106	106
Moskau	46	46	48	55	—	52	51
Paris	73	—	—	56	61	61	61
Philadelphia	213	180	169	189	194	195	197
Praha	56	48	51	49	—	49	49
Rom	46	45	44	46	47	45	48
Wien	47	42	44	43	48	47	47
Warschau	—	43	46	39	45	41	46

Die Zusammenstellung offenbart eine große Verschiedenheit der Löhne in den einzelnen Ländern. Die Reallohne in Polen, Oesterreich, Italien und der Tschechoslowakei sind kaum ein Viertel so hoch als der in Philadelphia und erreichen den Londoner Reallohn ungefähr zur Hälfte. Auch die Löhne in Frankreich und Belgien sind sehr niedrig. Deutschland liegt ungefähr in der Mitte der niedrigen Löhne und des Londoner Normalindex. Hierzulande wurde vom Jahre 1924 bis 1928 eine nicht geringe Steigerung der Reallohne erreicht. Die Löhne der übrigen Länder sind ungefähr gleich geblieben. Der französische Reallohn zeigt von 1924 bis 1928 eine nicht unwesentliche Senkung. Auch die Prager Löhne zeigen sinkende Neigung. Es ist noch viel Arbeit notwendig, die teilweise sehr niedrigen Löhne einzelner Industrieländer auf eine vertretbare Höhe zu bringen. Auch den deutschen Gewerkschaften steht in dieser Beziehung, trotz der Erhöhung in den letzten Jahren, noch eine große Aufgabe bevor.

Eine Million Kapital der Dewog. Die außerordentliche Generalversammlung der Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 Mark auf eine Million Mark. Die neuen Aktien werden zum größten Teil vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Allgemeinen freien Angestelltenbund und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wird von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt. Die Konzentration in der Dewog-Bewegung ist weiter fortgeschritten. Die Kapitalmehrheit der meisten Tochtergesellschaften befindet sich jetzt in den Händen der Dewog, wodurch die kraftvolle Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. In Hamburg und Breslau wurden eigene Zweigstellen errichtet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau vorläufig 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Dewog ist weiterhin gut.

Stürmische Kundgebung

Finanzminister Silberding
 Hi — Ha — Silberding
 und Bayern an die Nieren ging
 Ni — Na — Nieren ging.
 Er will das Bier versteuern,
 das süßig Brot verteuern!
 Er hat es fest versprochen:
 Er will wohl, daß wir tosen?!

Und wo man keine Gerste baut
 Gi — Ga — Gerste baut
 ha! da wird kein Bier gebraut
 Bi — Ba Bier gebraut.
 Und gibts kein Bier zu kaufen,
 so kann man auch keins kaufen —
 Weh! Dais am Bier tat fehlen!
 — Da lochten erst die Seelen!!

Da kann er uns bald tosen sehn
 Ki — Ka — tosen sehn,
 bis wir ihm alle Knochen drehn
 Ki — Ka — Knochen drehn
 aus seinen Sprunggelenken!
 Der wird noch an uns denken!
 Denn: jreilen wir fürs erste,
 wer baut hernach die Gerste?!

Grad zum Bohlokt dann sausen wir
 si — sa — sausen wir
 protestweis bloß noch Pilsner Bier
 Pi — Pa — Pilsner Bier!!
 — Und schneiden solchermaßen
 wir selbst uns ab die Nasen,
 geh's dann erst recht uns schlechte —
 so g'schieht's dem Reich grad recht.

Sagittarius im „Simplicissimus“.